

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (sechsgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Mai 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Religion und Volksschule.

Zum ersten Male in Deutschland hat es eine offizielle Lehrerkorporation gewagt, die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Volksschule zu verlangen. Eine allgemeine Versammlung der Bremischen Lehrer und Lehrerinnen der Stadt und des Landgebietes, die zum Abend des 1. Mai von den Vorständen der Lehrervereinigungen einberufen und von ungefähr 500 Lehrern und Lehrerinnen besucht war, nahm nach längerer Debatte folgende Resolution an:

„Die allgemeine Bremische Lehrer- und Lehrerinnen-Versammlung spricht den Herren, welche in der letzten Sitzung der Bürgererschaft für die Freiheit der Volksschule und des Lehrerstandes eingetreten sind, den lebhaftesten Dank aus. Die Lehrerschaft protestiert dagegen, daß Inspektionen dazu benutzt werden, der Autorität und Bewegungsfreiheit des Lehrers und damit der Lehrarbeit überhaupt zu schaden; sie protestiert dagegen, daß der Religionsunterricht in orthodoxer Weise beeinflusst werde; sie protestiert dagegen, daß schriftstellerische Arbeiten, die mit der Lehrertätigkeit nichts zu tun haben, dazu benutzt werden, die Verfasser einem Vorhölde bezüglich ihrer Glaubensgrundsätze zu unterwerfen, ja sogar sie diesbezüglich zu mahnen, und behält sich vor, in Form grundsätzlicher Erörterungen die Sache weiter zu verfolgen.“

Zu diesem Zwecke wurde die Niederlegung einer Kommission beschlossen, der folgender, mit großer Majorität genehmigter Beschluß als Richtschnur mit auf den Weg gegeben wurde:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden muß und beauftragt die zu erwählende Kommission, diesen Punkt in geeigneter Weise zu vertreten.“

Mit diesem Beschluß ist endlich einmal Breche geschlagen worden in die ängstliche Vorsicht und Rücksichtnahme, mit der die deutschen Volksschullehrer bislang jeder entschiedenen Haltung gegenüber dem überlebten Vallaß des Religionsunterrichts auswichen.

In Bremen liegen die Dinge etwas anders als in Preußen und den meisten anderen Bundesstaaten. Eine Staatskirche gibt es dort nicht, die kirchlichen Gemeinden sind völlig unabhängig, sodas selbst die meist linksstehenden Pastoren solange ungehindert predigen können, als es ihren Gemeinden gefällt. Als vor kurzem — wahrscheinlich auf Grund preussischer Zustufierungen — eine Aenderung dieses Zustandes vom Senate erzwungen wurde, erhob sich gegen diesen Versuch auch das Bürgertum in so entschiedener Weise, daß der Senat seine kirchenreaktionären Pläne schließlich preisgab.

Schon bei diesem Protest war, wie uns aus Bremen geschrieben wird, die Bremische Lehrerschaft beteiligt. Was vor etwa zehn Jahren herrschte in Bremen der beneidenswerte Zustand, daß das Schulwesen unmittelbar dem Senate bzw. den Senatsdeputierten für höheres und niederes Schulwesen unterstand. Inspektion und Verwaltung, wie in Preußen, gab es nicht. In trichterförmiger Verkennung veranlaßte damals die Bremische Volksschullehrer die schlichte Vortrefflichkeit dieses Zustandes. Sie glaubten, durch Schulkat und Schulinspektor ein Gegengewicht gegen die Schulvorsteher zu bekommen, und ihrer lebhaften Agitation gelang es auch schließlich, den Senat und die Bürgerchaft zur Einrichtung dieser preussischen Eigentümlichkeit in Bremen zu bewegen. Seit dieser Zeit sind die Volksschullehrer doppelt und dreifach gestraft, sie haben statt des bisherigen Vorgesetzten, den Schulvorsteher, also ehemaligen Kollegen, noch die ihnen persönlich fremd und abfehnend gegenüberstehenden Schulaufsichtsbeamten. Das höhere Schulwesen untersteht dem Schulrat Sander, einem bekannten liberalen Pädagogen, der seine Funktionen mit Takt und ohne Aufdringlichkeit ausübt, sodas über ihn wenig Klagen zu hören sind. Dem Volksschulwesen aber ist in einem früheren preussischen Schulaufsichtsbeamten, dem Schulinspektor Köppe aus Erfurt, ein Vorgesetzter gegeben worden, der schon nach kurzer Zeit keinen Zweifel mehr darüber ließ, daß ihm die Bremischen Schulverhältnisse viel zu freibleich waren und er in der Herbeiführung preussischer Schulverhältnisse in Bremen sein erstrebendes Lebensziel erblickte.

In Bremen wird schon jetzt in den Volksschulen kein konfessioneller Religionsunterricht erteilt, sondern der neutrale, konfessionslose, mehr geschichtliche Religionsunterricht, wie er diesen als Ziel überhaupt vorschwebt. Einen Katechismus kennt man in Bremischen Schulen überhaupt nicht und der religiöse Memorierstoff ist weit geringer bemessen als in anderen Staaten. Außerdem haben die Bremischen Volksschullehrer große individuelle Freiheit in der Art der Erteilung des Religionsunterrichtes. Eigentlich müßte es heißen, sie hatten diese Freiheit, denn dem aus Preußen importierten Schulbureaukraten waren derartige Zustände naturgemäß ein Grauel. Seit Jahren war er deshalb bemüht, die Bremische Freiheit einzunengen, wobei es oft genug zu Zusammenstößen mit der Lehrerschaft kam. Einem Lehrer, dem auch außerhalb Bremens durch seine philosophischen Studien bekannten Henri Sartelmann, wurde wegen seiner antireligiösen Gesinnung der „Gesinnungsunterricht“ entzogen, einem anderen, dem durch ethische Schriften bekannten J. H. Müller der Religionsunterricht. Andere erhielten Vermahnungen und Vorladungen. Der Boden wurde dem Fuß ausgeschlagen durch die lehrergerichtliche Vernehnung eines schriftstellerisch sehr befähigten jüngeren Lehrers, Schwaremann, der in einer freisinnigen Schrift „Aus unseres Herrgotts Tagebuch“ Ansichten geäußert hatte, für die dem Schulinspektor das rechte Verständnis abging, denn sie standen augenscheinlich nicht im Katechismus. Der Lehrer wurde vorgeladen und folgende Fragen wurden ihm zur Beantwortung vorgelegt: Glauben Sie an den persönlichen Gott? Glauben Sie an Jenseits? Glauben Sie an

die Erlösung durch Jesus Christus? Glauben Sie, daß Jesus Gottes eingeborener Sohn ist? Diese Fragen haben für preussische Verhältnisse vielleicht gar nicht einmal etwas ungewöhnliches an sich. Aber für Bremen waren sie so unerhört, daß sie einen Sturm in der öffentlichen Meinung entfesselten. Besonders aber trat jetzt auch endlich der Bremische Lehrerverein aus seiner Reserve heraus und nahm sich seiner gemahregelten Kollegen an. Am vorigen Mittwoch kamen die Vorgänge in der Bremischen Bürgerchaft, der Bremischen Volksvertretung, zur Sprache, wo sie besonders von sozialdemokratischer Seite in die richtige Beleuchtung gerückt wurden. Es ist zu erwarten, daß die Dinge ihren Lauf weiter nehmen, und aus diesem Grunde ist es mit Freuden zu begrüßen, daß die Bremische Lehrerschaft die Richtung des zukünftig einzuschlagenden Weges mit ungewisselhafter Deutlichkeit festgesetzt hat.

Möge das Bremische Beispiel anfeuernd auch auf die Lehrer des übrigen Deutschland wirken, möge man sich auch dort aus der bequemem Schläfrigkeit gegenüber dem Religionsunterricht zu der prinzipiell richtigen, freilich auch unbequemeren Kampfstellung gegenüber der Kirche und ihren schulreligiösen Ansprüchen aufraffen. Es muß klar gefordert werden, wie es die Bremischen Lehrer getan haben, „daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden muß.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai.

Ultramontane und freisinnige Arbeiterfreunde.

Der Zentrums-Abgeordnete Fuchs setzt seine Agitation gegen die Arbeiterauschüsse im Bergbau fort. Er erklärt in einem neuen Artikel, daß er die aus freier Wahl hervorgegangenen Arbeiterauschüsse nicht für zweckmäßig halte.

Einen freisinnigen Gegner wirklichen Arbeiterschutzes haben wir gestern in der Person des Abgeordneten Gylling gekennzeichnet.

Die ein freisinniges Mitglied des Herrenhauses über die Rechte der Arbeiterorganisation denkt, dafür heute ein Beispiel. In Breslau haben die städtischen Arbeiter mehrfache Klagen über ihre Arbeitsverhältnisse zu erheben. Infolgedessen schrieb der Vorsitzende der dortigen Filiale des Verbandes der Gemeindeglieder, Genosse Mehrlein, an den Oberbürgermeister Vender, Freisinnsmann und Mitglied des preussischen Herrenhauses, einen überhöflichen Brief, der durch folgende Stelle gekennzeichnet ist:

Am liebsten wäre es mir, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister mich einmal persönlich empfangen würden, damit ich Ihnen die Klagen und Beschwerden unserer Mitglieder, die sich aus Arbeitern und Handwerkern aller städtischen Werke zusammensetzen, persönlich unterbreiten könnte. Auch die sämtlich im Dienste der Stadt sich befindenden Vorstandsmitglieder wären dazu gern bereit.

Auf diesen Brief antwortete Herr Vender:

Breslau, den 27. April 1905.

Auf Ihr Schreiben vom 13. April d. J. erwidere ich Ihnen — infolge einer längeren Reise verspätet — ergebend, daß ich es ablehne, mit Ihnen die Verhältnisse der städtischen Arbeiter zu besprechen.

Wenn die städtischen Arbeiter Beschwerden oder Wünsche haben, so werden sie sie selbst vorzutragen haben.

Mit Rücksicht auf die sonstigen Ausführungen Ihres Schreibens muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das Recht zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen den städtischen Arbeitern nicht auch ein Recht gewährt, ihre Dienstbehörde oder ihre Dienstvorgesetzten öffentlich verächtlich zu machen oder verletzend anzugreifen, wie dies wiederholt durch die von Ihnen veranlaßten Resolutionen Ihres Vereins geschehen ist.

Der Magistrat ist nicht gewillt, derartige Dienstwidrigkeiten weiter zu übersehen, und wenn Sie Ihren Verein weiter zu solchen Ungehörigkeiten veranlassen sollten, so würden Sie sich dadurch für die Nachteile, die daraus den Arbeitern erwachsen könnten, verantwortlich machen.

Mit Rücksicht auf das bisherige Verhalten Ihres Vereins gegenüber den städtischen Behörden würde ich es begreiflich finden, wenn städtische Ausschüsse die Arbeiter vor dem Verein wohlwollend gewirkt haben sollten. Ob dabei in ungehöriger Art Drohungen stattgefunden haben, wird für die Fälle, wo dies mit Beweismitteln unterfüßt ist, festgestellt werden. Auf die angeblichen Drohungen im Schlichthofe einzugehen, ist unmöglich, da Zeugen nicht angegeben sind.

Der Oberbürgermeister, G. Vender.

Kein Wort in dem von der Breslauer „Volkswacht“ vollständig veröffentlichten Briefe Mehrleins rechtfertigt den pathigen Ton des freisinnigen Oberbürgermeisters. Auf das preussische Herrenhaus, in dem Leute wie dieser Herr Vender die liberalste Gruppe bilden, sollen nun die Bergarbeiter vertrittet werden mit ihren Hoffnungen auf Schutzgesetze!

Englisches Drohen gegen Deutschland.

Da der französisch-deutsche Marokkoadler ungemildert fortdauert, erfährt zugleich das Verhältnis zwischen England und Deutschland weitere Verschärfung. Die deutschen Bewunderer der Bülowischen Staatskunst haben die eifrige Hilfsleistung, durch welche die englische Presse die französische Marokkopolitik stärkte, durch die Meinung leichtsin abtun zu können geglaubt, daß England lediglich Frankreich gegen Deutschland hegen wolle, aber selbst die deutsche Marokkopolitik bewillkommen, da auch der englische Handel davon profitieren könnte. In Wahrheit erwächst die englische Unterstützung der französischen Marokkopolitik aus allgemeinen Gründen. Sie wird nicht nur geübt, weil

das französisch-englische Abkommen nun einmal zur diplomatischen Unterstützung verpflichtet, sie erwächst vielmehr aus einer ernstlichen und sich stets steigenden Ueberzeugung, daß England mit Frankreich gemeinsame Sache machen müsse, um sich gegen die von Deutschland drohende Gefahr zu sichern.

Die antideutschen Stimmungen in England sind bekannt, aber es zeigt sich, daß sie noch im Wachsen sind, und daß die Versuche derer, welche Veruhigung fordern, scheitern. Eine neue, überaus scharfe Kundgebung wird gegen Deutschland durch den Admiral Fitzgerald gerichtet. Fitzgerald ist kein Beliebigler und, wenn die englische Regierung seine Neuerungen ablehnen wird, so zeigen sie doch das Maß der antideutschen Erbitterung, die einflußreiche englische Persönlichkeiten beherrscht. Die Neuerungen Fitzgeralds sind in der „Deutschen Revue“ veröffentlicht als Antwort auf einen Artikel des deutschen Admirals Thomsen über die deutsch-englischen Beziehungen. Fitzgerald wünscht, wie das jeder Diplomat und diplomatisierende Militär zu wünschen pflegt, die Erhaltung der alten Freundschaft zwischen den beiden Mächten, erklärt aber Deutschland als den Freundschaftsfeind und hält darum eine offene Aussprache für erforderlich. Und offen ist Herr Admiral Fitzgerald.

Der englische Admiral geht aus von dem „Entstehen einer mächtigen Flotte dicht vor der englischen Landesgrenze“, wodurch Gefühle der Befürchtung hervorgerufen werden „bezüglich des Zweckes, zu dem diese Flotte gegebenenfalls von einer ehrgeizigen, energischen und nach Ausdehnung strebenden Nation verwendet werden kann.“ Weiter spricht Fitzgerald von den „günstigen Schmäherungen und Verleumdungen“, die während des Burenkrieges aus Deutschland gegen England gerichtet worden seien, und er fährt dann fort:

„... Dazu ist es eine in England sehr weit verbreitete Ueberzeugung, daß Deutschland seit Jahren schon keine Gelegenheit hat vorübergehen lassen, zwischen England und allen seinen Nachbarn mit Einschluß sogar der Vereinigten Staaten von Amerika Zwietracht, Verdacht und Mißtrauen zu erregen; namentlich zwischen England und Rußland und England und Frankreich; und es sind tatsächlich dafür zu viele auffallende und unüberhöllte Beweise in der deutschen Presse zutage getreten, als daß die Sache irgendwo zweifelhaft erscheinen könnte. Die Engländer sind weder blind noch taub, und wenn sie auch diese feindselige, unfreundliche und eifersüchtige Haltung Deutschlands ihrem Lande gegenüber bebauern, so sind sie doch der Ansicht, daß es Torheit sein würde, ihr Auge dagegen zu verschließen oder sich zu stellen, als sähen sie es nicht. Sie sehen es wirklich und sind gefomen, Vorlesungen dagegen zu treffen, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Vorlesungen als Drohungen angesehen werden. Die allgemeine Ansicht geht nicht dahin, daß Deutschland gerade jetzt einen Streit mit England vom Zaune zu brechen wünsche. Es ist noch nicht geklärt und würde sehr wenig Aussicht auf Erfolg haben; aber wenn in einigen Jahren Deutschland, das sich dann im Besitze von 38 erstklassigen Schlachtschiffen befinden würde, England in Schwierigkeiten mit einem seiner Nachbarn oder in einer ähnlichen Lage wie im Jahre 1899 oder in Streitigkeiten an seiner indischen Grenze verwickelt sehen sollte, dann würde es nach einer Anschauung, die bei uns von vielen geteilt wird, kein Bedenken tragen, sein Glück wieder einmal in dem edlen Kriegsspiel zu versuchen, um einige der einstweilen bereits besetzten Plätzen an der Sonne für zu sich gewinnen und daneben sich den großen Anteil an dem Welthandel zu verschaffen, der jetzt in den Händen Englands ist, der ihm aber sehr wohl unter der Voraussetzung zufallen könnte, daß es ihm gelänge, seinen Rivalen auszulöschen. Sage man nicht, daß ich, wenn ich mich ausdrücke, wie es oben gezeichnet ist, irgendwo von dem Wunsch geleitet werde, feindselige Gefühle zwischen England und Deutschland heraufzubekommen. Ich wünsche nichts Derartiges. Ich würde einen Krieg zwischen England und Deutschland als ein schweres Unglück betrachten. Aber ich würde einen derartigen Krieg lieber morgen ausbrechen als ihn (wenn er doch kommen muß) auf eine Reihe von Jahren verschoben sehen, wenn Deutschland zur See stärker sein wird und es ihm möglicherweise gelingen kann, einen Vorteil über uns davonzutragen. Es sind seit einigen Jahren unverkennbare Anzeichen dasfr hervorgetreten, daß Deutschland eifersüchtig und neidisch auf unseren Handel und unsere Weltmachtstellung ist, und es hat sich keine sonderliche Mühe gegeben, aus seinen Gefühlen ein Hehl zu machen. Wir können uns nicht veranlaßt sehen, irgend etwas von unserem Handel oder etwas von unserer Weltmachtstellung aufzugeben, und es unterliegt keinem Zweifel, daß wenn Deutschland fortfahren sollte, seine Kriegsstärke in dem gegenwärtigen Verhältnisse zu vermehren, das heißt so, daß sie mehr oder minder auf den Fuß der Ebenbürtigkeit mit der Englands kommt, dieses Vorgehen als eine Bedrohung der Oberherrlichkeit zur See anzusehen ist, die wir mit Recht oder Unrecht beanspruchen und die wir aufrecht zu erhalten suchen werden, da sie unseres Daseins notwendig zu unserer unabhängigen Existenz als Nation ist, abgesehen von aller Gefühlserregung und der Tatsache, daß wir sie ein Jahrhundert lang gewahrt haben. In Fragen von der Art derjenigen, mit der wir uns beschäftigen, ist es weit besser und dürfte es viel eher zum Frieden führen, wenn wir uns klar aussprechen und mit nichts zurückhalten, und wenn ich jetzt mit ungewöhnlichem Freimut oder gar mit ungewöhnlichem Unbedacht gesprochen habe, habe ich damit das berühmte Beispiel jenes großen Staatsmannes befolgt, der das heutige Deutsche Reich geschaffen hat.“

In diesen Neuerungen finden sich alle die Anschauungen, welche unter Vorgabe friedlichster Gesinnung den Gegensatz zwischen den Nationen zu vertiefen geeignet sind. Die Antwort der deutschen Fitzgeralds auf die „offene Aussprache“ ist ohne weiteres klar. Sie werden, wenn sie ebenso offen sein wollen, erzählen, daß Deutschland mit England in Frieden leben wolle und an keine Eroberungen denke, daß aber gerade England voll Neid und Eifersucht auf Deutschland sehe und

zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Zwietsch, Verdacht und Mißtrauen zu erregen beflissen sei, daß darum Deutschland lediglich zur Sicherung gegen englische Gefahr seine Kriegsschiffe vermehren müsse.

Sobald die Fiktion der englischen wie die deutschen, die Politik ihrer Staaten bestimmen, ist daher die weitere Steigerung des englisch-deutschen Mißtrauens bis zu unabsehbaren Folgen unvermeidlich. Offene Ausdrücke, die geradezu Kriegsdrohungen bedeuten, werden dann ebenso wenig ändern als die amtlichen Friedlichkeitsverklärungen oder völkerbeglückenden Toaste der Kaiser und Könige.

Solange die Nationen einander mißtrauisch gegenüberstehen und Zug um Zug ihre Kriegsrüstungen steigern, kann nichts gebessert werden. Nur die gründliche Abkehr von der gegenwärtigen internationalen Politik vermag kommenden Verderben vorzubeugen. Wäre es unmöglich, daß England und Deutschland zusammentreffen, um in aller Ernsthaftigkeit das Problem des Stillstandes ihrer maritimen Rüstungen zu erörtern? In der andauernden Vermehrung der Kriegsschiffskolosse liegt nicht nur eine unsinnige Verschwendung der beiderseitigen Kräfte, ohne daß eine Nation vor der anderen einen wirklichen Vorsprung gewinnen kann, sondern auch der wesentliche Grund wachsenden Mißtrauens.

So hauptsächlich und einseitig die Neuerungen Fitzgeralds sind, so ist doch nicht zu verkennen, daß die deutsche Flotten- und Weltpolitik der gepanzerten Faust reichlichen Anlaß zu Mißtrauen geboten hat. Wären nicht kapitalistische Konkurrenzinteressen, sondern Volksinteressen maßgebend, so müßte Deutschland vorangehen in dem großen Versuch, das Mißtrauen abzutragen und die Nationen zur solidarischen Kulturarbeit zu führen.

Deutsches Reich.

Geistig beschränkte, harmlose Tölpel sind nach der „Post“ alle christlichen Arbeiter. Sie schreibt über „Genossen und Christliche im Ruhrrevier“ und sagt dabei, die „Christlichen“ glauben „in ihrer natürlichen geistigen Beschränktheit“ den Sozialdemokraten alle Fabeln, die diese ihnen vormachen, und die „harmlosen Tölpel“ „tappen“ auch ruhig in die Falle hinein.

Die christlichen Arbeiter haben in der „Post“ einen ausgezeichneten Freund gefunden. —

Zum Präsidenten des Reichsgerichts soll Freiherr Rudolf von Sedendorf, Staatssekretär im preussischen Staatsministerium, ernannt werden. Danach würde ein Mann aus dem preussischen Staatsdienst der höchste deutsche Richter werden. —

Die Ungerechtigkeit des bayerischen Landtagswahlsystems geht wiederum aus dem eben erfolgten Abschluß der Nürnberger Wählerlisten hervor. In die Listen sind 64 081 Wahlberechtigte eingetragen, gegen 53 943 bei der letzten Wahl vor sechs Jahren; die Vermehrung beträgt also 10 138 Wähler. Diese Vermehrung erstreckt sich ausschließlich auf die äußeren Stadtbezirke, wo die Arbeiterbevölkerung wohnt, übt aber auf das Wahlergebnis nicht den geringsten Einfluß aus. Die Unerwählbarkeit der Stadtbezirke wird noch auf Grund der Volkszählung von 1875 vorgenommen; die Bezirke der inneren Stadt wählen auf Grund dieser alten Einteilung je fünf bis sieben Wahlmänner, die Vorstadtbezirke, die im Jahre 1875 noch klein waren, nur drei, höchstens vier Wahlmänner. Inzwischen haben sich die Vorstädte ungeheuer entwickelt, während die Bevölkerung in der inneren Stadt stabil geblieben, teilweise sogar zurückgegangen ist. Eine ganze Anzahl der inneren Bezirke haben gegen die letzte Wahl an Wählern verloren; diese Bezirke wählen aber trotzdem noch ihre fünf oder sieben Wahlmänner; die Wählerzahl beträgt hier durchschnittlich 500 bis 700. In den Vorstädten dagegen ist die Wählerzahl der einzelnen Bezirke in die Tausende gestiegen, es gibt Bezirkswahllisten, die 3000 bis 4000 Namen aufweisen. Diese Tausende wählen aber nur drei Wahlmänner. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß in diesen Bezirken alle Wähler ihr Stimmrecht ausüben können, dazu ist die Wahlzeit viel zu kurz, und wenn auch, so ändert das an dem Resultat gar nichts. Unter ganz besonders ungünstigen Umständen könnte es vorkommen, daß die gegnerische Partei mit 20 000 Stimmen die Mehrheit und damit auch die 4 Landtagsmandate gewinnt, indem sie in den Bezirken mit 5 oder 7 Wahlmännern liegt. Die übrigen 45 000 Wähler würden dann, obwohl in der überwiegenden Mehrheit, unterliegen sein. Dieser Fall wird in Nürnberg natürlich nicht eintreten, es ist das nur eine Annahme, um zu zeigen, zu welchen Unsinnsigkeiten dieses vorurteilvolle Wahlssystem unter gewissen Voraussetzungen führen könnte. Es ist daher hohe Zeit, daß mit diesem System der Ungerechtigkeit ausgeräumt und dem bayerischen Volke endlich das direkte Wahlrecht gegeben wird. —

Christliche Arbeiter und Zentrum in Bayern.

München, 2. Mai. (Eig. Ber.) Die katholischen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften haben jahrelang dem bayerischen Zentrum Schlepperdienste geleistet. Man hat dafür dem Gründer der christlichen Verkehredienstleister-Verbände, dem ehemaligen Schlosser Karl Schirmer, einen Sitz im Landtage eingeräumt. Aber diese Konzession genügt den christlichen Arbeitern längst nicht mehr. Sie möchten unabhängige und schärfere Vertreter ihrer Interessen im Parlament haben, als es Schirmer ist, und ihr Streben geht dahin, womöglich mehreren christlichen Gewerkschaftsführern zu Mandaten zu verhelfen. Die Parteileitung des Zentrums hat ihnen denn auch erklärt, dieser Wunsch sei ganz berechtigt, sie sei durchaus damit einverstanden und die christlichen Vertreter sollten sich nur in geeigneten Wahlkreisen mit den dortigen Parteioptionen wegen der Aufstellung von Arbeiterkandidaten in Verbindung setzen. Dem die Aufstellung der Kandidaten sei nicht Sache der Parteileitung, sondern der einzelnen Wahlkreise selbst. Dort scheinen die Arbeiter aber sehr wenig Verständnis für ihre Wünsche gefunden zu haben, denn soviel Kandidaten das Zentrum bis jetzt auch schon nominiert hat, Arbeiter waren nicht dabei. Da hat man sich denn entschlossen, andere Register aufzuziehen. Am vorigen Sonntag fand in München eine sehr stark besuchte Versammlung christlicher Arbeiter statt, in der recht deutlich mit dem Zentrum geredet wurde. Die Resolution, die einstimmig angenommen wurde, enthielt u. a. folgenden Passus: „Die Versammlung erwartet ganz bestimmt im Interesse der Partei selbst, daß dem Arbeiterstande, der zur Wählerkraft der bayerischen Zentrumspartei einen beträchtlichen Anteil stellt, jetzt noch Rechnung getragen wird in der Aufstellung wirklicher, aus dem Arbeiterstande hervorgegangener Kandidaten. Würde den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterwähler nicht Rechnung getragen, so könnte dies der Partei nur zum allergrößten Schaden gereichen, da sich viele Arbeiter jeder agitatorischen Tätigkeit für die Partei enthalten oder gänzlich abwenden würden.“

Unter dem Eindruck dieser drohenden Sprache nimmt die Zentrumspresse nochmals Veranlassung, die einzelnen Wahlkreise zu ermahnen, den Wünschen der Arbeiter möglichst entgegen zu kommen.

Besonders interessant für uns ist die Tatsache, daß die Versammlung von den christlichen Gewerkschaften veranstaltet war, wie auch fast sämtliche Herren, die sich an der Diskussion beteiligten, christliche Gewerkschaftsführer sind. Der christliche Arbeitersekretär Königbauer nahm deshalb Veranlassung, davor zu warnen, daß sich die christlichen Gewerkschaften in den Dienst politischer Interessen stellen, was ihnen Schaden werde. Man müsse mehr Wert auf die politische Organisation der christlichen Arbeiter legen, wie auch die Versammlung nicht von den Gewerkschaften, sondern von einem politischen Verein hätte einberufen werden sollen.

Die Feststellungen Königbauers waren den anderen Gewerkschaftsführern sichtlich sehr unangenehm und sie beteuerten, die Versammlung sei nicht von den gewerkschaftlichen Organisationen, sondern von einzelnen Personen einberufen worden und eine Verletzung der gewerkschaftlichen Neutralität liege nicht vor. Nun, man weiß, was man von solchen Versicherungen zu halten hat. Wenn ein Mann, der mitten in der christlichen Arbeiterbewegung steht, den Eindruck gewonnen hat, daß die christlichen Gewerkschaften sich auch politisch betätigen, dann kann man ruhig glauben, daß es auch wirklich so ist. Die anderen christlichen Gewerkschaftsführer leugnen das aus taktischen Gründen natürlich ab, aber überzeugen werden sie damit niemand. Die Herrschaften sollen es nun aber auch in Zukunft hübsch bleiben lassen, den freien Gewerkschaften Vorwürfe zu machen, daß sie im Dienste einer politischen Partei stünden. —

Das Wälow-Blatt. Ein interessanter Preßprozeß soll am 4. Mai in München stattfinden. Als im Anfang dieses Jahres die Kundendemonstrationen in München veranstaltet wurden, schrieb der an der Teilnahme an den Versammlungen verhinderte Professor Lujo Brentano an das Komitee einen Brief, in dem er seine Entrüstung über die Vorgänge in Rußland ausdrückte. Dieser Brief wurde veröffentlicht und gab der „Allgemeinen Zeitung“, einem Organ der liberalen Einigung, Anlaß zu einem selbst für dieses Blatt ganz ungewöhnlich niederträchtigen Angriff gegen Brentano. Ein jungliberales Blatt schrieb damals, die Insulte, durch die sich die „Allgemeine Zeitung“ selbst aus der Reihe der respektablen Blätter gestrichen habe, sei „ein einziger Verstoß gegen die Regeln publizistischen Anstandes“. Noch deutlicher kennzeichnete unser Parteiorgan, die „Münchener Post“, das Treiben des liberalen Blattes, das mit dem Gebahren gewisser gefälliger Damen verglichen wurde. Der Chefredakteur und zugleich Geschäftsführer der „Allg. Ztg.“ Herr Dr. Mohr, fühlte sich dadurch beleidigt und strengte einen Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“, Genossen Martin Gruber an. Dieser hat eine Reihe Verweisanträge gestellt und es steht zu erwarten, daß sehr interessante Geschäftsgeheimnisse des Münchener Wälow- und Scharfmacherorgans aufgedeckt werden. —

Senjoren-Partikularismus. München, 4. Mai. (Privattelegramm.) Die Komödie Kueberers „Die Morgenröte“, die vom Schauspielhaus zur Aufführung angenommen wurde, ist polizeilich verboten worden. Die Direktion des Schauspielhauses hat gegen das Aufführungsverbot bei der Regierung Beschwerde eingereicht. Das Verbot hat jedenfalls politische Gründe; die Komödie behandelt bekanntlich einen Stoff, der in Bayern wenig beliebt ist: die Lola-Affäre.

Die „Münchener Post“ meint, man dürfe auf die Entscheidung der Regierung gespannt sein; wenn wirklich aus politischen Gründen das Stück, das in Berlin und Wien anstandslos gegeben werden durfte, verboten worden sei, dann wäre man ja glänzlich wieder auf dem Standpunkt der Karlsbader Beschlüsse angelangt.

Es ist ein schöner Zug, daß sich noch heute die bayerische Regierung mit der Lola-Montage solidarisch erklärt. Im übrigen wagt trotz der deutschen Einheit jeder Partikularisator eifersüchtig, daß nicht das angestammte Fürstenhaus theatralisch verlegt wird; dagegen dürfen die konkurrierenden deutschen Fürstenfamilien auf der Bühne auch ohne Hurra erscheinen! —

Aus der Postzeit.

Stuttgart, den 4. Mai. (Priv.-Dep.)

Die Stabsforderung von 77 000 M. für die Gefandtschaften in München und Berlin hat der württembergische Landtag heute nach längerer Debatte bewilligt. Diesmal, wie vor vier Jahren, als die Sozialdemokraten zum erstenmal den Antrag auf gänzliche Abschaffung dieser rein höfischen Vertretung stellten, zogen Führer der Volkspartei Arm in Arm mit den Ministern ins Feld, um zu verhindern, daß der partikularistische Goff, der schon in den siebziger Jahren durch Aufhebung der Gefandtschaften in Wien und Petersburg gefügt wurde, gänzlich beseitigt werde. Während der Volksparteier Galler mit Männerstolz erklärte, gegenüber den Anschauungen einer gewissen Stelle in Berlin würde man jetzt weniger als je die Berliner Gefandtschaft aufheben, da sie unter Umständen Unheil verhüten könne, führte sein fraktionskollege Hausmann aus, die Gefandtschaften seien zwar in früheren Jahrhunderten Vertreter böfischer Interessen gewesen, hätten jetzt aber große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Auch das Zentrum legte sich mächtig ins Zeug für dieses partikularistische Ueberbleibsel, in dessen Beseitigung es ein Abwürgen des politischen Ansehens Württembergs zu sehen erklärte. Vergebens wies Genosse Hildenbrand die völlige Unzulässigkeit dieses Aufwandes nach und wies darauf, daß die persönliche Fühlung ausreicht und durch die Minister selbst aufrecht erhalten werden könne und daß die Geschäfte in Berlin durch den Vertreter im Bundesrat besorgt werden, eine Ansicht, der auch der Deutschparteiher Sieber beipflichtete.

Den Sozialdemokraten schlossen sich bei der Abstimmung nur die Nationalliberalen als Reichspartei und einige Volksparteier an, die doch Bedenken gegen die Parole ihres Führers hegte, die Steuererlöse für böfische Höfe hinauszuwerfen.

In der Gelbtaube bewilligte die Mehrheit dann auch rasch noch 300 000 M. für Gehaltsaufbesserung der evangelischen Geistlichen. Die Lehrer können noch warten. —

Berkommener Freisinn. In Baden-Baden sind sich die Freisinnigen in die Haare geraten, weil bei den Kommunalwahlen ein Teil mit den Nationalliberalen, der andere mit dem Zentrum teufelsteht wollte. Die Vereinseitigkeit ist von ihrem Posten zurückgetreten. Die letzte Ursache zu dem Bruch ist die „Wegeheiligkeit“ des Zentrums. Der ganze bürgerliche Klüngel war einig über die Verteilung der Stadtverordnetenmandate unter Ausschluß der Sozialdemokratie. Die Freisinnigen machten die Maller. Jedem war sein Teil zugesprochen, und es schien alles glatt zu gehen, bis auf einmal das Zentrum mehr verlangte, wodurch die ganze Einigung aus dem Leim ging. Ein Teil der Freisinnigen hält's nun mit dem Zentrum, der andere geht mit den Nationalliberalen. Die Leute sind einander wert! —

Südwestafrika.

Nach Berechnungen, die der General v. François in der letzten Nummer des „Militär-Wochenblattes“ anstellt, sind seit Ende vorigen Jahres durch die deutsche Postenkette zahlreiche Hereros in das Hereroland zurückgeführt. Die Zahl derselben wird von François auf 15 000 bis 20 000 beziffert, darunter 2000 bis 2500 Krieger. Da diese Hereros zum großen Teil ohne das nötige Vieh sind, so sind sie auf Langweilgen angewiesen. Es wird unter diesen Umständen also noch ein langwieriger Kleinkrieg geführt werden müssen, bevor die Hereros wirklich vollständig unterworfen sein werden! —

Ueber die sogenannte äthiopische Bewegung bringen die „Windhuker Nachrichten“ vom 15. März einen Artikel. Unter der äthiopischen Bewegung versteht man jene ursprünglich von amerikanischen Regern ausgehende Bewegung unter den Eingeborenen Afrikas, die sich zum Ziele die Befreiung der Schwarzen von der Fremdherrschaft der Weißen gesetzt hat. Bekanntlich soll diese Bewegung auch eine der Ursachen des Herero- und Sidoi-Aufstandes gewesen sein. Wenn auch der Einfluß einiger Entlinge in Deutsch-Südwestafrika bedeutend übertrieben worden ist, so wäre es in der Tat nicht ausgeschlossen, daß diese Unabhängigkeitsbewegung des schwarzen Elementes, die sich seit Jahren in Südafrika bemerkbar macht, auch eine gewisse Rolle bei Samuel Maharero und Hendrik Witboi gespielt hat. Die „Windhuker Nachrichten“ behaupten, die Bewegung trete in Form der äthiopischen Kirche auf, die das Programm aufgestellt habe, daß die Eingeborenen den Einflüssen der Mission entzogen werden müßten und daß die Kirche ausschließlich

von Eingeborenen verwaltet und von farbigen Predigern bedient sein müsse. Hinter diesen kirchlichen Bestrebungen treibe aber der soziale und politische Charakter der Bewegung unverkennbar hervor. Man benutze selbst die Vorgänge auf den Kriegsschauplätzen in Ostafrika und in Südafrika, um sie agitatorisch auszunützen. Die Eingeborenen Südafrikas besäßen bereits gute, von Schwarzen geschriebene Zeitungen. Eine derselben sei der „Imoo“, deren Redakteur ein Kaffer namens Tongo Jobaba sei. Daß diese Presse auch mit Verständnis gelesen werde, beweise ein Brief, den ein Eingeborener kürzlich an ein englisches Blatt in Johannesburg gerichtet habe. In diesem Briefe verlangte der Eingeborene für die farbigen volle Freiheit und Gleichheit. Man solle den Schwarzen dieselbe Schulbildung angedeihen lassen, sie überhaupt zu gleichgestellten Brüdern des weißen Mannes machen. Nur dann sei eine glückliche, zukunftreiche Südafrika-Politik möglich. Tue man das nicht, so könne es den Weißen ergehen wie den Russen gegenüber den Japanern in Ostafrika. — Mag die Bedeutung der äthiopischen Bewegung von dem Windhuker Blatt auch überschätzt werden, so steht doch soviel fest, daß auch die Eingeborenen in Afrika beginnen, ihrer Sklaventolle überdrüssig zu werden. Sofern die Bewegung sich wirklich in Afrika ausbreiten sollte, wäre es gar nicht unmöglich, daß die Mächte, die in Afrika Kolonien besitzen, eines Tages im Eingeborenenaufstand verwickelt werden, deren sie so leicht nicht Herr zu werden vermöchten. Das gilt namentlich für jene Kolonien, wo infolge des Klimas die Zahl der Europäer nur eine sehr beschränkte sein kann. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenshaus. In der zweiten Lesung des Zolltarifs weist am Donnerstag Handelsminister Frhr. v. Call auf die unabwehrbaren nachteiligen Folgen für die gesamte österreichische Produktion hin, falls der 1. März 1906, der einen Markstein in der künftigen handelspolitischen Aera bedeute, das Land unvorbereitet treffe. Der Minister bespricht eingehend das Zustandekommen des Zolltarifs, welcher deutlich die vom Auslande, namentlich vom Deutschland, ausgehende Bewegung zugunsten einer schärferen Betonung der Schutzpolitik widerpiegelt und ein dem allgemeinen Volkswohl dienendes Kompromiß der widerstreitenden Interessen darstelle. Auch bedeute der Zolltarif ein Kompromiß im Rahmen des Ausgleiches mit Ungarn. Niemand hätten sich die Vorteile der Gemeinsamkeit des Zollgebietes überzeugender als gegenwärtig dargestellt. Der Minister schließt mit einem warmen Appell an das Haus, durch eine rasche, unbedingte Annahme des Zolltarifs die erste Etappe zur Bestellung des wirtschaftlichen Haushaltes zu schaffen. (Beifall.)

Formanek bemerkt, wenn auch die jetzige Regierung das vom Ministerpräsidenten v. Koerber an dem tschechischen Volke begangene Unrecht nicht gutgemacht habe, so wollten doch die tschechischen Abgeordneten nicht zur wirtschaftlichen Schädigung des Reiches beitragen; sie müßten jedoch betonen, daß, wenn sie die Verhandlung dieser Vorlage zuließen, sie deshalb ihre kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen nicht verlagen. Bei der Besprechung der Handelsverträge mit Deutschland und Italien bemängelt Redner den ungenügenden Schutz der heimischen Produktion. Insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung Böhmens werde durch den Handelsvertrag mit Deutschland arg geschädigt, namentlich werde der Export von Getreide aus Böhmen unmöglich gemacht. Dr. Demisch (Verband der deutschen Volkspartei) führt aus, man könne heute nicht mehr von einem gemeinschaftlichen Zolltarif sprechen. Sowohl die landwirtschaftlichen als die industriellen Körperschaften ständen auf dem Standpunkte der Trennung. Wenn seine Partei trotzdem für den vorliegenden Zolltarif stimmen würde, so tue sie es in der Ueberzeugung, daß er den Uebergang zu einer Umwandlung in einen selbständigen österreichischen Zolltarif darstelle. Dr. Schoepfer (Christl.-soz. Vereinigung) befürchtet, daß der neue Vertrag mit Deutschland wegen des Veterinärübereinkommens den Viehverkehr sehr schädigen werde. —

England.

Sozialistische Kongresse.

London, 2. Mai. Während der Osterfeiertage hielten die beiden sozialistischen Organisationen Großbritanniens ihre Jahreskongresse ab; die Sozialdemokratische Föderation (S. D. F.) in Northampton, die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party — I. L. P.) in Manchester.

In Northampton waren 74 Delegierte anwesend, die 68 Zweigvereine der S. D. F. vertraten. Den Mittelpunkt der Diskussion bildete der Antrag auf Vereinigung der S. D. F. mit der I. L. P. durch Einberufung eines allgemeinen sozialistischen Kongresses. Der Antrag wurde mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Der Kongreß beschloß jedoch, auf Grund der Amsterdamer Resolution mit der I. L. P. in Unterhandlungen einzutreten. Ein Antrag auf Wiedereintritt in das Labour Representation Committee (L. R. C. oder neue Arbeiterpartei) wurde mit 55 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Der Haupterfolg der S. D. F. im Laufe der letzten zwölf Monate ist die Gewinnung der öffentlichen Meinung für die staatliche Ernährung der Schulkinder, ebenso die große Aufmerksamkeit, die die Regierung nunmehr der Arbeitslosenfrage zuwenden will. Man mag nicht mit allem übereinstimmen, was die S. D. F. denkt und tut, sicher ist indes, daß der sozialrevolutionäre Geist in ihr lebendig ist und daß ihre Mitglieder große Opfer für die Sache des Proletariats bringen. Nicht vergessen soll es ihr werden, daß sie energisch für die Rechte Indiens eintritt. Sollte es Genossen Hyndman gelingen, in seinem Kreise Burnley gewählt zu werden, dann werden die 300 Millionen Einwohner des indischen Reiches einen unermüdlichen und beredten Verteidiger im britischen Parlamente haben. —

Der Kongreß der I. L. P. in Manchester war von 152 Delegierten besucht und beschäftigte sich mit denselben Fragen wie die S. D. F., nur in weniger revolutionärem und mehr „praktischem“ Geiste. Der Kongreß begrüßte die neue Arbeitslosenvorlage als den ersten Schritt zur staatlichen Abhilfe der Arbeitslosigkeit. Die Delegierten waren ferner im Prinzip für die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Frauen, begünstigten sich indes mit einer Vorlage, die das parlamentarische Wahlrecht nach Muster des kommunalen auf die Frauen ausdehnen will. Genosse Keiz Gardie begründete den Antrag auf Einführung einer repräsentativen Verfassung in Indien. Der Kongreß gab seiner internationalen Solidarität Ausdruck in einer Resolution, die folgendermaßen lautet: „Dieser Kongreß sendet herzliche Grüße an die sozialistischen Arbeiter aller Länder und begrüßt es mit Freuden, daß eine internationale parlamentarische Gruppe der sozialistischen und gewerkschaftlichen Vertreter begründet wurde als eines der Mittel zur Förderung der allgemeinen Sache der Arbeiterbefreiung aller Länder.“ Ein Antrag auf Ausdehnung der Rechte der Munizipalverwaltungen, ebenso auf Uebernahme der Erziehungskosten durch den Staat wurde angenommen. Die Frage der Vereinigung der sozialistischen Organisationen Großbritanniens wurde mit dem Hinweis erledigt, daß die I. L. P. mit dem Internationalen sozialistischen Bureau in Verhandlung eingetreten ist und daß die S. D. F. den Wiedereintritt in das L. R. C. abgelehnt hat. —

Asien.

Zu den arabischen Wirren. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel meldet, entsendet der Sultan ein Expeditionskorps von 40 000 Mann zum Entsahe der Truppen in Yemen. Nunmehr gelangen türkische Kerntruppen sowie albanesische Regimenter zur Verwendung. Man hofft, in zwei Monaten die Oberherrschaft des Sultans wiederherzustellen, vorausgesetzt, daß keine fremde Einmischung erfolgt. Der Chef der Rebellen hat sich den Titel eines Großimams beigelegt und Yemen für unabhängig erklärt. —

Amerika.

Die Hearstpresse. Public Ownership, das ist die Ueberführung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen in den Besitz der Gemeinde.

aber des Staates, ist gegenwärtig das Stichwort für die einflussreiche Hearst-Presse. William Randolph Hearst gibt den Bürgern Public Ownership als ein Mittel an, um die Macht der Kräfte zu brechen und die politische Korruption wirksam zu bekämpfen. Es wird in langen Artikeln erklärt, welche Vorteile im Betriebe und welche Vorteile für die Bürger einer Stadt daraus erwachsen, wenn Straßenbahnen, die Werke für Beleuchtung, Wasser- und so weiter dem Privatbesitz entzogen werden. Die Hearst-Presse besteht aus acht großen Tageszeitungen, die in einer Gesamtauflage von 1.800.000 Exemplaren erscheinen. Die Sonntagsummern werden ausgewählt, um in großen, illustrierten Zeitartikeln, die in solchen Fällen in allen acht Zeitungen erscheinen, das neue demokratische Ideal zu verkünden. Hearst, der Führer des radikalen Flügels der Demokraten, ist durch seine Zeitungsmacht ein bedeutender Faktor in der Partei. Die Demokraten brauchen notwendig irgend eine große, auf die Volksmassen wirkende Idee, wenn sie gegen die Republikaner mit einiger Aussicht auf Erfolg kämpfen wollen. In den großen Städten darf Hearst überall auf eine starke Gefolgschaft rechnen, denn durch ihre rücksichtslose Ausbeutung haben die mächtigen Korporationen sich allgemein verhaßt gemacht. So glaubt Hearst als Reiter seiner Partei große Chancen zu haben; er verläßt sich hauptsächlich auf den Einfluss und die Macht seiner Presse.

Gegen die japanische Konkurrenz. Die Agitation der Arbeiter gegen die Japaner als gefährliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird mit Eifer fortgesetzt. Einen scharfen Protest gegen die Anstellung von Japanern beim Bau des Panama-Kanals haben die organisierten Arbeiter von Kalifornien erhoben. Dem Präsidenten Roosevelt, der Panama-Kanal-Kommission und den Vertretern Kaliforniens im Kongress wurde der Protest zugesandt, ebenso vielen Zentralkörpern von Arbeiterorganisationen, um deren Zustimmung ersucht wird. Es wird erklärt, daß massenhaft amerikanische Arbeiter darauf warten, beim Kanalbaue beschäftigt zu werden. Der Einwand, daß die Weissen das Klima nicht vertragen können, sei nicht stichhaltig. Man ziehe Japaner vor, weil dieselben billig sind und sich geduldi ausbeuten lassen.

Generalstreik in Warschau.

Aus Warschau meldet ein offizielles Telegramm vom Donnerstag: Seit heute früh wurden die Straßen, Droschken und Arbeitswagen in den abgelegenen Straßen angehalten. Um Mittag hatte die Ausstands-Bewegung schon die Mehrzahl der Straßen ergriffen. Um 2 Uhr waren die Straßen verdet. In der Warschauer-Konk- und in den benachbarten Straßen waren fast alle Läden geschlossen. Der Verkehr ist eingestellt. Ein Volkshaufe, der in der Umgebung des Hospitals zum Rinde Jesus eine Leichenprozession erwartete, wurde durch Kosaken zerstreut. Einige Straßen wurden durch Telegraphenpfeile, die dort zur Reparatur lagen, von der Menge gesperrt.

Salven gegen Kirchen.

Lodz, 4. Mai. (Offizielles Telegramm.) Als gestern Abend eine Volksmenge vor der Kreuzkirche patriotische Vieder stimmte, gab eine Kosakenpatrouille eine Salve auf das Volk ab, durch die sieben Personen tödlich verwundet wurden. In der Kirche entstand eine fürchterliche Panik, da mehrere Kugeln durch die offenen Türen den Altar trafen. Als die Menge zerstreut war und ein Defektiv des Weges kam, ergriffen ihn Arbeiter und schlugen ihn halbtot.

Nach einem weiteren Zensur-Telegramm soll der Angriff von den „Ruheführern“ ausgegangen sein, die sich hinter der Kirche und den sie umgebenden Mauern aufhielten und auf die herankommende Kosakenpatrouille feuerten. Gleichzeitig wurden aus den Fenstern der anliegenden Häuser etwa hundert Schuß auf die Kosaken abgegeben, worauf diese das Feuer erwiderten und sechs der Angreifer leicht verwundeten. Von den Kosaken wurde einer verletzt.

Die Gemetzel in Russisch-Polen.

Aus den eingehenden Korrespondenzen der polnischen Blätter erfährt man erst das volle Maß der Grausamkeit und Bestialität, mit welcher die zarischen Schergen vorgegangen sind.

Ich lief gerade dazu — schreibt der Warschauer Korrespondent der „Kowa Reform“ — als ein Teil der durch die Salven aus einandergeprengten Menge sich durch die Tore des Hospitals „Kind Jesus“ flüchtete. Manche verzeichneten ihre Spuren mit Blut.

Von 12 Uhr hatte sich die Menschenmenge auf dem Wittkowsk-Platz angeammelt, bis sie eine gewaltige achttausendköpfige Menge mit fünf roten Fahnen bildete.

Wütend und ruhig schritt man im Zuge durch die Jelarna, Sienna, Glota, Chmielna — schließlich in die Perokolskafalle, ohne auf irgend ein Hindernis seitens der Polizei zu stoßen oder den Patrouillen zu begegnen. Da sah sich eine Patrouille, die aus der Teodoroffstraße heraustritt, von der an der Marschallowskafstraße stehenden Infanterie-Abteilung abgeschnitten und stellte sich am Bürgersteig auf. Da hielten die Truppen, ohne irgend welche Warnung, ohne Befehl zum Ausandergang zu geben, mit Säbeln auf die Menge ein, während die Infanterie drei Salven hintereinander abfeuerte.

Zwischen 3 und 4 nachmittags war die Marschallowskaf voll von Menschen. Die Kosaken ritten auf den Bürgersteigen herum. Viele Frauen und Kinder sind zu Boden gestampft worden.

Ein sterbender Jüngling von 18 Jahren kroch bis an die Türe des Krankenhauses heran, Einlaß begehrend. Der Hausmeister ließ ihn nicht herein und schrie so lange, bis Kosaken dazu kamen. Die Kosaken schlugen den im Sterben Liegenden mit Kolben zu Tode.

Aufruf zur Märschier.

Ein offizielles Telegramm meldet:

Ein Aufruf des Zentralkomitees der Sozialistenpartei fordert die Arbeiter auf, eine Feier am 1. (14.) Mai in verschiedenen Stadtteilen von Petersburg zu begehen, sowie zu versuchen, einen Umzug zu veranstalten. Im Falle des Einschreitens der Polizei soll bewaffneter Widerstand geleistet werden. Die intelligente Bevölkerung wird aufgefordert, die Arbeiter durch die Tat zu fördern und sich ihnen anzuschließen.

Bei dieser Gelegenheit sei ein Irrtum berichtigt: Nur in dem römisch-katholischen Polen wird der erste Mai gleichzeitig mit der übrigen Welt gefeiert. In dem eigentlichen Rußland wird auch die Märschier nach dem russischen Kalender begangen.

Religiöse Verheerungen.

(Offizielle Telegramme.)

Jasowka (Gouvernement Jelaterinoblaw), 4. Mai. Im Dorfe Orlowka überfiel die orthodoxe Bevölkerung unter Führung der Dorfbehörden die Baptisten während des Gottesdienstes und mißhandelte sie. Mehrere Baptisten, die festgenommen wurden, wurden erst nach zehn Stunden freigelassen.

Simferopol, 4. Mai. Unruhen, die hier entstanden waren, wurden durch Truppen schnell unterdrückt. Der Sitzgouverneur ritt mit einer Eskadron der Kavallerie durch die Straßen und beruhigte die gegen die Juden erregte Bevölkerung.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die französische Neutralität.

Tokio, 4. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Presse fährt fort, in scharfer Weise die französische

Auslegung der Neutralitätsverpflichtungen bezüglich Indochinas zu tabeln. Dschidshi Schinpo richtet die dringende Anforderung an die Regierung, ohne irgendwelche Rücksichtnahme Schritte zum Schutze der nationalen Interessen zu tun, und behauptet, Frankreich trage die Verantwortung für die weitere Ausdehnung der Feindseligkeiten.

Daß die Japaner alle Ursache haben, sich über die Haltung Frankreichs zu entrüsten, geht aus folgenden Meldungen der englischen Blätter hervor:

Koschijewskys Flotte besaß sich Dienstag bei Port Deit, nördlich der Honkoku-Bucht (Ostküste von Annam) auf der Suche nach einem geeigneten territorialen Ankerplatz. Sonntag war die Flotte von dem englischen Dampfer „Telemaque“ noch bei Honkoku gestoppt und beobachtet worden. Die Dampfer „Eva“, „Dagmar“ und „Bourbon“ waren dort ständig zwischen Saigon und den russischen Schiffen unterwegs, die sie mit Vorräten aller Art versorgten, so daß die russischen Schiffsbede selbst mit Mehl, Reis, Speck und Gemüse beladen waren. — Der „Daily Mail“ zufolge hätten die französischen Behörden in Shanghai an Bord des im dortigen Hafen liegenden russischen Kreuzers „Diana“ eine starke französische Matrosenwache gestellt, um sein Entweichen zu verhindern.

Singapore, 4. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Dampfer „Selangor“ traf auf der Höhe von Ruzra in der Malakkastraße um 9 Uhr vormittags russische Schiffe, wie man annimmt, die Rebogatos.

Amoy, 4. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Teifun wütete in dieser Woche an der Südküste von China. Es heißt, die baltische Flotte sei von demselben erfasst und einige kleine Schiffe seien dadurch vom Hauptgeschwader getrennt worden.

Gewerkschaftliches.

Mohrenwäsche.

In der neuesten Nummer des „Gewerkverein“ versucht der Hauptvorstand des Hirsch-Dumerschen Gewerkvereins der Schuhmacher diesen von dem Vorwurf des Verrats in Weihenfelds weiß zu waschen. Mit schlechtem Erfolge!

Die Vorwürfe bezogen sich bekanntlich darauf, daß der Gewerkverein die Bewegung abgebrochen habe, ohne vorher ein Einverständnis mit den Kämpfern aus dem Zentralverbande herbeizuführen und sogar zur völligen Ueberrassung der eigenen Leute, die man ganz einfach ohne Unterstützung ließ. Was weiß man nun dagegen zu sagen?

Der Hauptvorstand des Gewerkvereins meint zu dem ersten Vorwurf:

„In der siebenten Streikwoche, am 28. März, traten sämtliche Fabrikantenschüsse mit der Tarifkommission zusammen und wurde — wenn auch schweren Herzens — mit 105 gegen 14 Stimmen beschloffen, den Tarif auf bessere Zeiten aufzuparen, den Generalstreik aufzuheben, damit die Fabrikantenschüsse mit den einzelnen Fabrikanten in Unterhandlung treten konnten, und sollte in solchen Betrieben, wo Zugeständnisse erlangt, die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die kurz darauf tagende Streikversammlung schute diesen Vorschlag mit 751 gegen 419 Stimmen ab.“

Was soll eigentlich diese Erinnerung aus einer früheren Epoche des Kampfes, durch die doch nur bewiesen wird, daß in der Tat der Abbruch des Kampfes gegen den Willen der Streikenden geschah. Aber die Tarifkommission hat sich außerdem noch viel später mit der Frage des Streikabbruches beschäftigt, am 13. April nämlich. In dieser Sitzung erklärte einer der Mitunterzeichner des Hirsch-Dumerschen Reinigungsversuches, Herr Kehl: „Ich sehe ein, daß der Kampf nicht über's Knie abgebrochen werden kann. Nächsten Mittwoch, am 19. April, ist wieder Geld da!“ Herr Kehl versicherte noch in einer Versammlung der Streikenden, daß das Geld da sein werde.

Herr Kehl unterschreibt ja überdies noch heute eine Erklärung, welche den Gewerkverein vor dem Vorwurf schützt, daß er seine Mitglieder durch Verweigerung der Unterstützung im Stiche gelassen und zum Streikbruche gezwungen habe. Ausdrücklich heißt es in der Erklärung des Hauptvorstandes, die er mitunterzeichnete:

„Diese schweren Beschuldigungen sind unwahr, sie dienen nur zum Vorwand, den Gewerkverein den Krieg zu erklären. Am Sonnabend vor Oftern (22. April) erhielten die Gewerkvereinsmitglieder die Unterstützung für die zehnte Streikwoche im Betrage von 4800 M. ausgesetzt.“

Der Hauptvorstand des Gewerkvereins wäre klüger gewesen, wenn er diese Beweisführung für sich behalten hätte. Hier bestätigt er schwarz auf weiß den Verrat! Die Unterstützung für die Gewerkvereinsmitglieder sollte nämlich am Donnerstag, den 20. April, gezahlt werden. Statt des versprochenen Geldes aber traf am Mittwoch ein Brief aus Berlin ein, der die beiden Vorstandsmitglieder König und Koch der Weihenfelder Gewerkvereins-Filiale veranlaßte, sofort den Hauptvorstand in Berlin aufzusuchen. Hier sagte man ihnen: „Nehmt doch die Ziegel von unserem Gewerkvereins-hause mit!“

Die Leute mühten unberichteter Sache wieder umkehren und die Auszahlung an die Gewerkvereins-Mitglieder unterblieb am Donnerstag.

Die Fabrikanten aber waren davon, daß es am 20. April bei den Gewerkvereinsleuten kein Geld mehr geben werde, Tage lang vorher unterrichtet!

Erst am Sonnabend, den 22. April, als der Streik infolge dieser Handlungsweise der Gewerkvereinsleitung restungslos verloren war, zahlte diese, wie sie in ihrer Erklärung jetzt selbst bestätigt, den verratenen Mitgliedern die Unterstützungsgelder aus. Die Leute, denen man Steine statt Brot geboten hatte, wären ja sonst davon gelaufen!

Die Gewerkvereinsleitung bejammert, daß man von den Geldbeten der Gewerkvereinsleute nicht rede, wenn eine Bewegung geflingt. Nun, Arbeiter, die ihre Pflicht in der Organisation tun, haben kein besonderes Anrecht auf ein Lob. Im Weihenfelder Schuhmacherstreik ist aber nichtsdestoweniger die Haltung der Gewerkvereinsleute von der gesamten Arbeiterpresse lobend anerkannt worden.

Bei Mißerfolgen sollen jedoch stets die Gewerkvereinsleute schuld haben. Mit Verlaub: Nicht den Mißerfolg, sondern den Verrat macht man in Weihenfelds der Leitung des Gewerkvereins, nicht seinen Mitgliedern, zum Vorwurf. Was der Hauptvorstand aber dagegen zu sagen weiß, läßt ihn nicht schuldlos erscheinen; das Odium des Verrats, selbst an den eigenen Mitgliedern, bleibt an ihm haften!

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter! Bei der Firma Sponholz u. Brede, Exerzierstraße 8, sind sämtliche Dreher ausgesperrt. Zugang ist streng ferngehalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kartanbranche! Die Differenzen in der Kartonsfabrik von Karfunkelstein, Landsbergerstraße 16, sind beigelegt. Sämtliche Kollegen wurden wieder eingestellt. Die Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes.

Achtung, Sattler aller Branchen! Bei folgenden Firmen stehen sämtliche Koffermacher im Streik: Einbrodt u. Halb, Lange, Merler u. No., Malchow u. Otto Trebesius, Stöhr, Prager, Worchmann, Wunderwald, Warkne, Markfänger, E. A. Müller, Fröhner, Wolny-Berder, Koch. — Zugang ist ferngehalten. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

In der Eisengießerei B. Rauke, Neu-Ruppin, sind Lohn-differenzen ausgebrochen und ist Zugang von Formern ferngehalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gegeben, dies anzunehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Neu-Ruppin.

Malerstreik und Bauarbeiter-Lohnbewegung. Halle, 4. Mai. Zickel 300 Maler und Lackierer legten heute früh einheitlich die Arbeit nieder. Sie verlangen 50 Pf. Stundenlohn, 9/10-stündige Arbeitszeit, Entschädigung für Arbeiten auf dem Lande für Verheiratete 2 M. für Ledige 1,50 M. etc. Die Arbeitsmiederlegung geschah einheitlich.

Infolge der Märschier sind mehrere Bauarbeiter, besonders Maurer, ausgesperrt worden. Laut Beschluß einer am 30. April stattgehabten Versammlung beabsichtigen die Maurer in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie verlangen einen Mindestlohn von 55 Pf. pro Stunde und 9/10-stündige Arbeitszeit. Die dem Arbeitgeberbunde angehörenden Unternehmer wollen nicht einmal 50 Pf. Mindestlohn pro Stunde zahlen und lehnten weitere Verhandlungen mit den Arbeitern ab. Eine spätere Versammlung wird zu dem drohenden Ausstände Stellung nehmen.

Aussperrung, Streiks und Lohnbewegungen in Hamburg.

Die nun schon einige Male beschlossene „allgemeine“ Aussperrung der Bautischer wird nicht allgemein durchgeführt, weshalb in der Versammlung der Tischlerinnung und des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie, die am Abend des 3. Mai tagte, schon wieder eine Modifikation der vorher gefassten Beschlüsse vorgenommen worden ist. Um den widerhaarigen Arbeitgebern das Weiterarbeiten zu vereiteln, und vielleicht auch um Geld zur Unterstützung der Kleinmeister zu bekommen, wurde beschlossen, daß jeder noch Gesellen beschäftigende Arbeitgeber pro Mann und Tag 1 M. in die Kasse zahlen soll. Da noch fünf Sechstel der Holzarbeiter beschäftigt sind, würde dies ein ganz nettes Geschäft sein, wenn — der Beschluß zur Ausführung gelangte. Seit gestern sind nur zehn Gesellen neu ausgesperrt worden, so daß sich an dem Zahlverhältnis wenig geändert hat.

Die auf den Schiffswerften beschäftigten Holzarbeiter verlangen eine Aufbesserung ihrer bescheidenen Löhne.

Der Streik der Landschaftsgärtner ist in einer gestern stattgehabten Versammlung für beendet erklärt worden, nachdem der größte Teil der Arbeitgeber die Forderungen anerkannt hat. Der Rest der Streikenden ist abgereist oder anderweitig in Arbeit getreten.

Die vor etwa 14 Tagen berichteten, haben die S. H. u. v. e. Leute Hamburgs einen neuen Lohnarif eingereicht, in dem eine Erhöhung des Tageslohnes sowie eine andere Regelung des Afford- und Ueberarbeit verlangt wird. Die Unternehmer wollen nur kleine Konzessionen bei Spezialarbeiten machen, dagegen verhalten sie sich in den anderen Punkten ablehnend. Bezeichnend für die Arbeitsmethode an der Wasserfront und für die Bescheidenheit der Hafenarbeiter ist der Beschluß der letzten Versammlung der Schauerleute, daß unbedingt nach 24-stündiger ununterbrochener Arbeit eine Pause von einem halben Ruhetage einzutreten müsse. Vorstand und Lohnkommission sollen nochmals mit den Arbeitgebern, Steuern und Schiffsbreibern in Verhandlung treten.

Der Streik der Holzarbeiter auf der Straßenbahnwerkstatt dauert unverändert fort. Bislang ist es der Direktion nicht gelungen, die leerstehenden Hobelbänke zu besetzen.

Der Saarburger Aufruhrprozeß vor dem Oberkriegsgericht.

Zu dem elsässischen Garnisonstädtchen Saarburg hat am Donnerstag vor dem Oberkriegsgericht des XV. Armeekorps die Verurteilungsbehandlung des bekannten Saarburger Aufruhrprozeßes begonnen. Das Kriegsgericht der 30. Division hatte wegen militärischen Aufruhrs die Ulanen-Konieczny zu fünf Jahren einem Monat Zuchthaus, Weir zu fünf Jahren Zuchthaus sowie Ausstoßung aus dem Heere, die Ulanen-Jed und Niederich zu je fünf Jahren Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Der Anklage liegt folgender Vorgang zu Grunde:

Am Abend des zweiten Weihnachtstages vorigen Jahres befanden sich in der Gastwirtschaft von Döfel in der Langenstraße zu Saarburg etwa 15 Mann des Schleswig-Holsteinischen Ulanen-Regiments Nr. 15 sowie einige Mannschaften des Brandenburgischen Ulanen-Regiments Nr. 11 und des Oberschlesischen Feldartillerie-Regiments Nr. 15. Gegen 10 Uhr betrat eine Wirtschaftspatrouille des Oberrheinischen Infanterie-Regiments Nr. 97 das Lokal. Sie bestand aus einem Sergeanten, einem Gefreiten und fünf Mann. Der Gesang, der vorher in dem Lokal erschallt war, verstummte jetzt. Kurz darauf kam der Gefreite Konieczny von der 1. Eskadron des Ulanen-Regiments Nr. 15 in Begleitung mehrerer Kameraden in die Wirtschaft. Ein bereits antretender Sanitätsfeldat vom 15. Ulanen-Regiment rief den Neueintretenden zu, es möge doch mal einer von ihnen zu ihm kommen. Darauf ging Konieczny zu dem Sanitätsfeldaten und fragte ihn, wie er dazu komme, einen im dritten Jahre dienenden Soldaten zu sich zu beordern, und rief ihn dann mit dem Stuhle rücklings zu Boden. Der Wirt, der nun einen Streit befürchtete, soll dann die Ruhe wieder hergestellt haben. Der Sergeant und der Gefreite der Patrouille trafen dann an Konieczny heran und stellten ihn zur Rede. Der Wirt machte darauf aufmerksam, daß bereits alles wieder geschlichtet sei. Nach einiger Zeit verließ die Patrouille das Lokal und bei dieser Gelegenheit soll der Gefreite der Patrouille beim Hinausgehen einen Zutritt in das Gefäß erhalten haben. Während er sich nun umdrehte, will er gerufen haben, daß er getreten worden sei. Daraus soll der Patrouillenführer befohlen haben, den vermeintlichen Täter, Konieczny, festzunehmen. Dann soll dieser wieder gerufen haben: „Ulanen! 16 heraus, hier antreten!“ Es entstand nun ein allgemeines Gedränge nach der Tür. Ein Ruf ertönte: „Ein Ulan ist festgenommen worden!“ und jetzt soll nach der Anklage die Patrouille von den Ulanen angegriffen und dabei hauptsächlich der Patrouillenführer und der Gefreite Zutritte und Schläge erhalten haben. Ein Musikfieber der Patrouille zog das Seitengewehr, das ihm entziffen und später in einem Graben aufgefunden wurde. Erst als die Hälfte eines Mitgliedes der Patrouille, welche das Erscheinen mehrerer Gebarmen zur Folge hatten, sollen die Ulanen von der Patrouille abgelassen haben und in der Richtung nach der Kaserne hin entflohen sein. Das Kriegsgericht der 30. Division leitete ein umfangreiches Ermittlungsverfahren ein, in dessen Verlauf gegen neun Ulanen die Anklage auf Grund der Aufruhrparagrafen 106/107 und 111 des R.-Str.-G.-B., welche letzterer Vergehen gegen eine militärische Wache bestraft, erhoben wurde. Der Gefreite Konieczny und der Ulan Weir wurden angeklagt, sich mit den Ulanen Joch, Niederich, Schumann, Siebert, Wöde, Kunze und Dohmuth zusammengeworfen und mit vereinten Kräften es unternommen zu haben, sich gegen einen Vorgesetzten zu widersetzen und gegen denselben eine Tötlichkeit zu begehen. Gegen Konieczny richtete sich auch die Anklage, der Rädelsführer und Anführer des militärischen Aufruhrs gewesen zu sein. Der Ulan Weir wurde bezichtigt, bei dem Aufruhr eine Tötlichkeit gegen einen Vorgesetzten dadurch begangen zu haben, daß er einem Mann der Patrouille das zur Verteidigung gezogene Seitengewehr entziff.

Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 30. Division wurde am 10. Februar das oben erwähnte Urteil gefällt. Zu seinem Plädoyer hob damals der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Diehl hervor, daß das ganze Motiv des Aufruhrs darin bestand, daß ein Infanterist es wagte, einen Ulan zur Rede zu stellen. Nicht mit tiefer Ueberlegung hätten

die Angeklagten behandelt: sie wären nur einem momentanen Entschlusse gefolgt. Er wolle das Zeugnis der Angeklagten nicht als strafschwerend ansehen, da die Strafen, welche auf die in Frage kommenden Vergehen stehen, schon ungenügend seien. Selbst die Mindeststrafen seien so hoch. Im Jahre 1872 seien die Auftragsparagrafen aus dem alten preussischen Militär-Strafgesetzbuch in das deutsche Militär-Strafgesetzbuch übernommen worden und entsprechen längst nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Er, der Vertreter der Anklage, sei der Ansicht, daß die Auftragsparagrafen nicht für solche Fälle, wo in momentaner Erregung gehandelt worden sei, passen. Durch das Gesetz sei man jedoch zur Fällung eines Urteils nach diesen Paragrafen gezwungen. Er empfehle in diesem Falle, die Gnade Sr. Majestät nachzusuchen. Vorläufig müsse jedoch Recht vor Gnade ergehen.

Gegen das Urteil des Divisionsgerichts haben die vier verurteilten Mannen sämtlich Berufung eingelegt. Sie suchten das Urteil in seinem ganzen Umfange an. Der Vorsitzende hat sich bei dem Urteil, das über die Angeklagten Komieczyn, Weier, Jech und Niederich gefällt wurde, beruhigt, dagegen hat er gegen den Freispruch der fünf Mannen Wobe, Siebert, Kunze, Hochmuth und Schumann Einspruch erhoben. Er fordert deren Verurteilung wegen Beteiligung an einem militärischen Aufzuge.

Zu der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht, für welche drei Tage aussersehen sind, sind 53 Zeugen geladen. Es befinden sich hierunter Entlastungszeugen, deren Aussagen schwer ins Gewicht fallen dürften.

Oberleutnant v. Großmann hat den Vorsitz, Oberkriegsgerichtsrat Rade ist Verhandlungsführer. Die Anklage vertritt Kriegsrat Ibelshäuser. Die Verteidigung der vier verurteilten Mannen ist Rechtsanwalt Peterleit-Sträßburg übertragen worden. Rechtsanwält Wieden-Tabern verteidigt die fünf weiteren Angeklagten.

Der Sitz des Oberkriegsgerichts ist Straßburg. Da die Übernahme einer eingehenden gerichtlichen Besichtigung des Tatortes jedoch wahrscheinlich ist, hat sich das Oberkriegsgericht entschlossen, die Verhandlung in der alten Infanterie-Kaserne in Saarburg stattfinden zu lassen. Die neun Angeklagten werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt.

Indizien.

Aus Wien wird uns geschrieben: Die vierjährige Schwurgerichtsverhandlung gegen das Ehepaar Klein hat wieder einmal die Gedächtnisstütze aller Urtheile auf Grund von Indizien aufgezeigt. In der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober vorigen Jahres ist in einem Hause der Magdalenastraße ein 23jähriger Mann, der Hausbesitzer Sitora ermordet worden. Ermordet von dem Ehepaar Klein, das steht unzweifelhaft fest. Wie weit das Einverständnis der beiden Menschen reichte, ob der Mord verabredet war, oder aus einem plötzlichen Affekt geschah, das allerdings schwebt im Dunkeln. Dagegen ist es ebenso sicher, daß die eigentliche tödliche Handlung, das Ermorden oder Erdroffeln des schlafenden Greises nur von einem Menschen vollzogen worden ist. Das sagen beide Angeklagte aus und so lautet auch der gerichtliche Befund. Der eigentliche Mörder ist also unter zwei Menschen zu suchen; von keinem Menschen auf dem Erdenrund kann Johann Sitora ermordet worden sein, außer von Heinrich oder von Franziska Klein, und doch war es unmöglich, in die Sache Licht zu bringen, mit annähernder Gewißheit zu sagen, wer den Mord vollzogen hat. Vier Tage währte die Verhandlung, der vorher noch eine besondere sorgfältige Untersuchung vorausgegangen war; aber trotz der Schar von Zeugen, trotz des Vordringens jeder Einzelheit, einer fast grausamen Inquirierung, ist über die eigentliche Täterschaft nichts erforscht worden. Zwar haben die Geschworenen die Frau für die Schuldige erklärt — sie wurde mit neun gegen drei Stimmen des meuchlerischen Mordes schuldig erkannt und zum Tode verurteilt — und den Mann nur der entfernteren Mitschuld für schuldig befunden, so daß er mit 8 Jahre Kerker wegsommt. Aber das Urteil ist ein reiner Stimmungsspruch. Den „Männern aus dem Volke“ (dieses Volk ist in Wien vorzugsweise der christlich-sozialen Kleinbürger) ist das dritthalbtausendjährige eben unsympathisch gewesen, der strebende Fabrikant (dessen Streben freilich hauptsächlich nach einer großen Mittigkeit ging), ansprechend erschienen. Aber von einem schlüssigen überzeugenden Beweis kann trotz des Spruches und trotz der so verschiedenen Verurteilung nicht gesprochen werden.

Der Mordprozess hat in Wien, wo allerdings die Neugierde immer sehr groß war, und wo jedes Interesse zur „Hech“ unschlüssig, das größte Aufsehen erregt, und das alte Gebäude in der Alserstraße war drei Tage lang das Ziel all der sensationslüsternen Leute, die bei jedem Spektakel dabei sein müssen. Ein gut Teil von der Neugier kommt auf Rechnung der schauerlichen Umstände, unter denen die Mordtat verübt und entdeckt worden ist. Das Ehepaar Klein ist unter recht prosaischen Umständen zusammengekommen. Heinrich Klein ist ein kleiner Vorstadtfabrikant, der sich das nötige Betriebskapital in einer Heirat sucht, Franziska Klein war zur Hälfte Erbschülerin, zur anderen Skotte gezeu. Beide wurden durch die Heirat betrogene Betrüger; sie glaubte einen wohlhabenden Fabrikanten gefunden zu haben, er erwartete 20 000 Gulden Müßiggeld, während die Frau, die überdies um ein paar Jahre älter war, nur 3000 Gulden besaß. So nahm die Fabrikantengattin nach einem kurzen Honigmond (es war noch kein ganzer Monat) das Gewerbe des Empfängens von männlichen Besuchern wieder auf und der Mann spielte dabei halb den Dummkopf, halb den Inhäler. Am 3. Oktober wurde der alte Hausbesitzer (übrigens ein typisch christlich-sozialer Schmutzfinf, der trotz seines hohen Alters noch unaufrichtig mit Frauenzimmer zu tun hatte und sie überdies ziemlich schäbig entlohnte), in die Wohnung von Klein geladen und über Nacht dort gehalten. Nach der Aussage der Frau soll sie ihn unangenehm um Geld gedrängt und endlich, da die Bitten erfolglos blieben, den Gedanken gefaßt haben, ihn zu ermorden und am anderen Tage in seiner Wohnung zu begraben. Der Mann, der erst gegen 2 Uhr nachts nach Hause kam, habe sie darin bestärkt, doch habe ihr zum Schluss die Kraft versagt und sie sei zu dem in der Küche harrenden Mann zurückgekehrt, worauf er hineinging und den tödlichen Akt vollzog. Nach Aussage des Mannes wieder soll er, als er in die Wohnung kam, seine Frau in der Küche gefunden haben, die ihn unter einem lächerlichen Vorwand (daß „Niemand“ eingezogen seien) verhinderte, das Wohnzimmer zu betreten. Früh habe er, als er einen Augenblick ins Wohnzimmer ging, dort nichts auffälliges bemerkt und erst am dritten Tage habe ihm seine Frau gestanden, daß sie den Mann ermordet und dessen Wohnung ausgeraubt habe; der Leichnam liege unter der Ottomane. Das Ehepaar bestellte dann Asten, um die Leiche fortzuschaffen, hachte dem Getöteten die Unterhosen ab und nähte ihn in ein Laken ein. Am 8. Oktober ergriffen jedoch die Mörder die Flucht und wandten sich nach Paris. Nach ein paar Tagen wurde in der Wohnung die grausige Entdeckung gemacht und die Verfolgung der Täter eingeleitet, die dann in Paris ermittelt wurden. Aber auch diese mysteriösen Umstände hätten jenes aufregende Interesse nicht zu erzeugen vermocht, auch nicht die von einer gewissenlosen Presse im Grunde mit reiflicher Bedenken der beiden Angeklagten verdichtet hätte. Beide blieben bei ihrem Zeugnis und bei ihren Beschuldigungen, und das Ergebnis der langen quälenden Verhandlungen war, daß der ausfällige Indizienbeweis keine Klarheit brachte. Viel Gefahr liefen die Geschworenen freilich nicht, denn im moralischen, ja auch im strafrechtlichen Sinne sind beide Angeklagten schuldig gewesen, und deshalb erweist das auf seinem zwingenden Beweis ruhende Verdict wenig Bedenken für die Zweifelslosigkeit der Ueberführung auf Grund von Indizien. Der Prozess gegen das Mörderpaar ist allerdings ein wahres Schulbeispiel und gegen die Todesstrafe ein gewichtiges Argument; es wäre entsehrlich, wenn auf Grund eines nur

läppischen Vorurtheils entsehrigenden Spruches ein Mensch umgebracht werden sollte.

Zwei Menschen standen vor dem Gericht, von denen sicher einer den Mord verübt hat und es war nicht möglich, den Täter zu erkennen. Das ist wohl eine Mahnung, gegen die „gewissen Indizien“ vorsichtig zu sein.

Soziales.

In der Generalversammlung der Orts-Krankenkasse Leipzig, die über die Vorstandsarbeiten zur Befestigung des Konstitutes mit den Ärzten zu beschließen hatte, machte sich nur wenig Opposition gegen die Vorschläge geltend. Neben den Vereinbarungen mit den Ärzten handelt es sich dabei wesentlich um Wiedereinführung der Familienbehandlung. Die Opposition sah in den Vorschlägen des Vorstandes und den Vereinbarungen mit der Kreishauptmannschaft keine genügenden Garantien gegen eine finanzielle Schädigung der Kasse. Die Kreishauptmannschaft hat zwar versprochen, daß sie Entgegenkommen zeigen und nicht gleich auf volle Erfüllung der Vorschriften über den Reservefonds drängen werde, es wurde jedoch der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Kreishauptmannschaft ihre Zusicherungen nicht halten werde. Unter den Opponenten befand sich auch Herr Steinweg. Der Vorsitzende Genosse Bollender erklärte jedoch die Zusicherungen der Kreishauptmannschaft für genügend. Er bezeichnete den Sanitätsverein, auf den man anfangs große Hoffnungen gesetzt hatte, als ungenügend. Auch die Beratungsanstalten haben nach Bollenders Angaben keine erfreulichen Erscheinungen gezeigt. Bollender sprach die Ueberzeugung aus, daß die Kasse in einem halben Jahre die Bedingungen der Ärzte unbedeutend annehmen müsse, wenn sie jetzt die Vorstands-vorschläge ablehne. Die Vorstandsarbeiten wurden darauf gegen 42 Stimmen angenommen.

Somit wird die Familienbehandlung und die freie Arztwahl wieder eingeführt, was die Ärzte vor allem dem Verhalten der Kreishauptmannschaft zu danken haben. Danach wird dann auch der Kasse die volle Selbstverwaltung wieder übertragen werden. Natürlich wird sie es nicht dazu benötigen dürfen, ein ihr genehmes Arztsystem einzuführen.

Die Dampfpflüge in Preußen.

Nach einer Aufzählung, die das preussische statistische Bureau vorgenommen, waren am 1. April 1904 in Preußen 847 Dampfpflüge mit zwei Lokomotiven und 47 mit einer Lokomotive vorhanden. Sie werden offenbar vielfach zum Lohnpflügen verwendet. Ueber die Verwendung läßt sich die Korrespondenz des genannten Bureau wie folgt aus:

Frägt man sich, ein wie hoher Teil des preussischen Ackerbodens mit Dampf gepflügt werden konnte, so könnte man davon ausgehen, daß ein Zweimaschinen-Dampfpflug etwa hundert Tage in Tätigkeit ist und etwa je fünf Hektar täglich beim Tiefpflügen leistet. Ein Einmaschinenpflug wird es höchstens auf die halbe Leistung bringen. Man bekommt alsdann $347 \times 100 \times 5 + 47 \times 100 \times 2\frac{1}{2} = 173500 + 11750 = 185250$ Hektar. Mit anderen Worten: Es wäre wenig über 1 Proz. des preussischen Ackerbodens mit Dampf gepflügt worden. Nun ist beabsichtigt die Hauptverwendungszweck der Dampfpflüge das Tiefpflügen für die Milchkultur; aber selbst unter der Voraussetzung, daß das Dampfpflügen lediglich für Futterrüben in Frage kommt, würde doch nur etwa die Hälfte der mit Futterrüben bestellten Fläche dampfgepflügt sein.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hält am 9. November in Wiesbaden eine Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz ab. Auf der Tagesordnung der Verbandsversammlung stehen u. a.: Die Stellung im Dienste der allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise; Wandernde Arbeitslose; Arbeitsvermittlung für ländliche Arbeiter. Die Arbeitsnachweise-Konferenz wird über den gewerbmäßigen Arbeitsnachweis verhandeln. Da hieran das Gastwirts-gewerbe stark beteiligt ist, so sind dem Referenten Dr. Ludwig aus Lübeck zwei Korrespondenten als Vertreter des genannten Gewerbes entgegengesetzt, nämlich Dr. B. Recker aus Berlin vom Verein Berliner Gastwirte und Hugo Pöschel vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Chemikerin oder Fabrikarbeiterin.

Zwei Mädchen mit Bürgerschulbildung, die einen viermonatlichen Kursus in einer Zuderindustriehule durchgenommen haben, waren während der Kampagne in der Rautener Zuderfabrik als sogenannte Chemikerinnen tätig. Sie hatten in einem Laboratorium in der Fabrik bestimmte Analysen vorzunehmen, die Resultate festzustellen und später rechnerisch zu verarbeiten. Der Zweck der Tätigkeit ist, eine Grundlage für eine verbesserte Regelung der Produktion zu schaffen, um eine möglichst ergiebige Ausnutzung der Rohprodukte für die Zukunft zu ermöglichen. Das Monatsgehalt betrug 170 M. Die beiden Damen arbeiteten nun abwechselnd auch nachts. Deswegen wurde der Betriebsleiter Beule auf Grund des § 146 der Gewerbe-Ordnung angeklagt, weil er Arbeiterinnen in einer Fabrik entgegen den Arbeiterinnen-schutz-Vorschriften der Gewerbe-Ordnung zwischen 8½ Uhr abends und 5½ Uhr morgens beschäftigt habe. Das Landgericht sprach ihn aber frei, weil die Damen nicht als Fabrikarbeiterinnen im Sinne jener Schutzvorschriften anzusehen seien, sondern als mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Personen.

Das Kammergericht verwarf am 4. Mai die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Die Grenze zwischen dem Arbeiter und dem technischen Gehilfen höherer Art sei nicht scharf zu ziehen. Die Technik spreche immer mehr vor; Arbeiten, die früher der Gelehrte machte, leierte heute gleichsam mechanisch ein intelligenter Arbeiter. Es komme im gegebenen Falle auf die tatsächliche Feststellung an, und der Revisionsrichter habe nur zu prüfen, ob die Feststellung ohne Rechtsirrtum erfolgt sei. Hier sei anzunehmen, daß ohne Rechtsirrtum das Landgericht festgestellt habe, daß die beiden jungen Mädchen keine Fabrikarbeiterinnen seien. Es sei zulässig, dies aus der höheren Verbindung und aus dem Verhältnis, das die „Chemikerinnen“ innerhalb der Fabrik einnehmen, zu schließen. Mit Recht habe das Landgericht berücksichtigt, daß es sich um eine Tätigkeit handelte, die eine Bildung voraussetze, welche im allgemeinen sich der Arbeiter nicht leisten könne und nicht genossen habe.

Verfassungen.

Die Lage der kaufmännischen Angestellten in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft. In einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen einberufenen Versammlung der kaufmännischen Angestellten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft sprach Kallist über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Angestellten dieser Gesellschaft. Ueber 800 Angestellte waren erschienen. In den vordersten Reihen sah man als Vertreter der Gesellschaft einige Interdirektoren und Abteilungs-chefs, deren Auftreten den Eindruck erweckte, als ob sie durch ihr Erscheinen die Angestellten an der Bekanntgabe von Mißständen zu hindern suchten. Dieses Bestreben war jedoch durchaus zwecklos, da der Referent an der Hand eines umfangreichen bis in die Details gehenden Materials die Zustände, unter denen hunderte von kaufmännischen Angestellten arbeiten und leiden, einer eingehenden und schneidenden Kritik unterwarf. Es waren lediglich die Vertrags- und Arbeitsverhältnisse, die in den Betrieben der Brunnenstraße, Ackerstraße, Huttenstraße, Schlegelstraße und Ober-Schöneweide herrschen, die zur Besprechung standen. Die Betriebe der Gesellschaft in der Dorotheenstraße und am Schiffbauerdamm zeichnen sich durch etwas günstigere Arbeitsverhältnisse aus. Der Referent wies darauf hin, daß die Generaldirektion nicht verantwortlich zu machen sei für alle bestehenden Mißstände, da

die Angestellten bisher ihre Klagen nicht in der Öffentlichkeit bapgebracht und der Generaldirektion nicht unterbreitet haben. Wohl aber sei die Direktion verantwortlich zu machen für die Verzögerung der Angelegenheiten. Es bestehen unter den kaufmännischen Angestellten eine Reihe von Rangklassen, die zwar mit den verschiedensten Titeln besetzt, aber alle gleichmäßig elend bezahlt werden. Man pflegt ferner Angestellte, die mit kaufmännischer Arbeit beschäftigt werden, als gewerbliche Arbeiter zu bezeichnen, um ihnen im Erkrankungs-falle das Gehalt für den Tag ihrer Krankheit nicht zahlen zu brauchen, um ferner die gesetzliche Mindestkündigungsfrist für kaufmännische Angestellte zu umgehen. Vier Hauptkategorien von Angestellten sind zu unterscheiden: Stundenlöhner, die mit 30 Pf. Stundenlohn und täglicher Kündigung angestellt werden. Sind diese Angestellten längere Zeit dort tätig gewesen, dieser Zeitraum kann sich auf zwei bis drei Jahre erstrecken, so können sie „Wochen-löhner“ werden. Sie haben als solche einen Anfangslohn von 18 M. pro Woche, der in 10 bis 15 Jahren bis zur schwindelnden Höhe von 27 M. pro Woche steigt. Ist dieser Lohn erreicht, dann werden die Angestellten zu „Hilfs-beamten“ ernannt, um nach Jahren den Titel „Vollbeamte“ zu erlangen und in den Genus eines Monatsgehaltes von 130 bis 135 M. zu gelangen. Kaufmännische Angestellte, die Familienväter sind, erhalten nach mehrjähriger Tätigkeit Wochenlöhne von 18 bis 21 M. Während für eine Verpflanzung in den Morgenstunden 20 Pf. berechnet wird, ist an eine Vergütung der Nebenstunden gar nicht zu denken. Die Gesellschaft stellt Laufburschen mit 7 M. pro Woche ein, deren Lohn in 6 bis 8 Wochen um je 50 Pf. pro Woche steigt. Ist dieser Lohn auf 10 M. gestiegen, dann werden die jungen Leute als Maschinenschreiber angelernt und beschäftigt. Man glaubt, diesen Angestellten einen sozialen Aufstieg ermöglicht zu haben, und als Entgelt dafür zahlt man diesen Angestellten nie mehr als bis 17 M. pro Woche. Aber für Jester, die sie begehren, werden ihnen 25 Pf. bis 1 M. in Abzug gebracht. Die Rangunterschiede werden dadurch nur verschärft, daß nach Belieben der Abteilungs-chefs eine durchaus verschiedene Behandlung der Angestellten eintritt. Die Angestellten werden förmlich gegen einander gehetzt. Ueber das Verhalten der Abteilungs-chefs wird bitterste Klage geführt. Sie belegen die Angestellten mit entsetzenden Schimpfwörtern. Leider ist der Widerstand der kaufmännischen Angestellten gering, ein so traurigerer Ausblick, als die Metallarbeiter des West- und Ostpreußen, die sich auch eine nur annähernde Behandlung keine Sekunde gefallen lassen würden. Die Angestellten haben aus der Bewegung der Metallarbeiter aber gelernt, sie haben erkannt, daß ohne Forderungen an die Gesellschaft an eine Besserung ihrer Verhältnisse nicht zu denken ist. Ihre Klagen richten sich auch gegen die Arbeitsräume, die im allgemeinen schlecht ventiliert sind, obgleich überall Staub in Mengen vorhanden ist. So müssen zum Beispiel 9 Personen in einem Raum von drei Meter in Quadrat, acht Maschinenschreiber in einem Raum von 4,50 Meter Länge und 2,06 Meter Breite arbeiten. Die Postexpedition muß in einer Filiale mit einer Holzhube vorlieb nehmen, in welcher vier Personen untergebracht sind, die durch ein kleines Fenster Licht erhalten. Die im Dachgeboß gelegenen Räume werden den kaufmännischen Angestellten angewiesen, weil Verhältnisse der ungesunden Verhältnisse halber durch Verbot der Gewerbe-Inspektion dort nicht untergebracht werden dürfen. Wenn man bedenkt, daß in diesen Räumen ständig circa hundert Zentner Holz- und Holzmasse zur Verpackung untergebracht sind, daß durch das Hin und Her des Verkehrs die Türen nie geschlossen sind, so ist es nicht verwunderlich, daß Erkrankungen an Rheumatismus und Lungenentzündungen vorkommen. Im Rohmateriallager derselben Abteilung soll es noch schlechter bestellt sein. Diesem Raum soll ein Mobergeruch entströmen. Außerdem muß man in diesem Bureau den Tag über nicht brennen. Wahrscheinlich dieser Zustände bedarf die Forderung nach Einführung der Handelsinspektion keiner Begründung mehr. Die Angestellten sind bisher in dem Ausschuss der Arbeiter nicht vertreten. Ihre Forderungen und Wünsche müssen sie untertänigst den Herren Abteilungs-vorstehern vortragen, deren Bericht und deren Urteil ausschlaggebend sind. Es dürfte charakteristisch sein, daß bei dem Geburtstage eines dieser Abteilungs-chefs die Kerzen der armen Angestellten mit Geschenken beladen in seine Wohnung gezogen sind, doch nur, um sich die Gunst des Herrn Abteilungs-chefs zu erwerben. Die Ungewißheit der Angestellten über ihre Arbeitsverhältnisse, die schimpfliche Behandlung nimmt dauernd zu. Sie verlangen eine einheitliche Regelung ihres Arbeits- und Vertragsverhältnisses. Bei ihren Engagements erfahren die meisten von ihnen nicht einmal die Bedingungen, unter denen sie arbeiten sollen, nicht einmal die Lohnhöhe wird ihnen mitgeteilt. Mit der Aufforderung an die Ver-sammelten, durch Anschlag an die Organisation eine Durchsührung ihrer bestehenden und berechtigten Forderungen herbeizuführen, schloß der Referent seine Ausführungen, die trotz der Anwesenheit der Herren Abteilungs-vorsteher von den Versammelten mit demonstrativem Beifall aufgenommen wurden. Die Herren Abteilungs-vorsteher, die vorher verabredet hatten, auf die Darlegungen des Redners einzugehen, schienen im Laufe des Abends die Lust dazu verloren zu haben. Die Ausführungen des Redners konnten nicht widerlegt werden. Der Erfolg der Versammlung ist in der Zunahme der Organisation durch Angestellte der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft bereits in die Erscheinung getreten. Es dürfte wohl nicht den Wünschen der Generaldirektion entsprechen, wenn die Herren Abteilungs-chefs etwa versuchen wollten, durch das eben so verwerfliche wie untaugliche Mittel der Maßregelungen die einmal erwarteten Bestrebungen der kaufmännischen Angestellten zur Verbesserung ihrer Lage zu unterdrücken. In nächster Zeit werden sich weitere öffentliche Versammlungen mit der Lage der kaufmännischen Angestellten der A. E. G. beschäftigen und die General-direktion dürfte gut tun, sich durch den von einem ihrer Oberbeamten aufgenommenen stenographischen Bericht über die Klagen und Mißstände ihrer Angestellten vorher zu orientieren.

Ein sehr mißliebiger Druckfehler hat sich in unserem Bericht von der Versammlung des 5. Wahlkreises eingeschlichen. Genosse Schroll erucht und dieserhalb um Aufnahme folgender Ver-richtigung:

In dem Versammlungsbericht des 5. Kreises heißt es am Schluß: Schroll erucht hierauf die Genossen, am 1. Mai sein Barbiergeschäft zu besuchen, damit usw., — während ich ersuchte, kein Barbiergeschäft zu besuchen. Ich ersuche, dies richtig zu stellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Straßenaufmarsch in Hamburg. Hamburg, 4. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die von der bürgerlichen Presse verbreitete Lärmnachricht über einen Streik der Schauerleute reduziert sich auf folgendes Vorkommnis: Stubbenhof Nr. 29 befindet sich das Kantor des Bauers Hofmann, bei welchem die Unsitte herrscht, die Schauerleute stundenlang auf die Auszahlung des Lohnes warten zu lassen, während andere Stauer den Leuten gleich an Bord den Lohn zahlen. Der Hauseigentümer, nicht Hofmann, forderte die Leute auf, den Korridor zu verlassen. Als der Aufforderung keine Folge geleistet wurde, rief der Hauseigentümer einen Schuttmann herbei, der die Leute gewaltsam entfernen wollte. Dabei kam es zu einem Handgemenge; andere Schuttmänner kamen hinzu und hieben mit dem Säbel drein. Ein Schauerer erhielt einen Hieb über den Kopf und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Außerdem wurden noch einige Arbeiter und Schuttmänner unbedeutend verletzt. Mit Streiks oder Auspöhrungen hat der Vorfall nicht das mindeste zu tun.

Die Maifeier.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. (Gg. Ver.) Die diesjährige Maifeier hat in Frankreich eine ungewöhnlich starke Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft ausgeübt. Der offensündliche Grund davon ist die mächtige Achtstundentagitation der revolutionär-gewerkschaftlichen „Konföderation der Arbeit“.

Das Besagte gilt selbstverständlich von der Provinz ungleich mehr als von der Hauptstadt. In Paris hat sich die Neubelebung der Maifeier nur in einem allerdings sehr starken Besuche der Zwerge in der Arbeitsbüchse abgehaltenen Tagesversammlungen gezeigt.

In der Provinz aber war die Arbeitsruhe ausgedehnter denn je. Allgemeine oder nahezu allgemeine Arbeitsruhe wird gemeldet aus Saint-Etienne (40 000 Feiernde), aus dem Loire-Kohlenrevier (allgemeine Arbeitsruhe bei den Bergarbeitern und teilweise bei den Metallarbeitern), aus Certe, Limoges, Reims, Toulon, Montceau-les-Mines, Sennebont, Constantine (Algerien) u. a.

Fast aus allen genannten Städten werden Strahlenzüge gemeldet, die großartigsten aus Saint-Etienne, Toulon und Limoges. In letzterer Stadt ist der Massenzug auch am frühen Morgen des Opfers der Revolte vom 17. April, vorbeifilmt.

In Saint-Etienne hatte der Präfekt den Industriellen Militärdienste angeboten, um die „Arbeitsfreiheit“ zu schützen. Sie zogen es aber einseitig vor, ihre Werkstätten zu schließen.

In Paris wurde die staatliche Rindfleischfabrik geschlossen. In Rouanne haben die Manifestanten auf ihrem Wege alle Fabriken, Werkstätten und Magazine gezwungen, den Betrieb einzustellen.

Zu erheblichen Aufregungen ist es nach den bisherigen Meldungen nur in Toulon gekommen. Sie wurden veranlaßt durch einige anarchistische Elemente und vom Sekretär der Arbeitsbüchse bedauert.

Überall, in allen Kundgebungen und in den zahllosen Versammlungen stand im Mittelpunkt die begeisterte Idee der direkten Durchführung des Achtstundentages vom 1. Mai 1906 ab.

Holland.

In den meisten niederländischen Städten wurde bereits am Sonntag eine Vorfeier veranstaltet. In Amsterdam war der große Saal des „Paleis voor Volkslijst“ überfüllt, ein Rebenaal wurde mitbenutzt, da ein Platzregen den Aufenthalt im Garten unmöglich machte.

Diesmal hat das reaktionäre Vürgerturn Schweden und seine Regierung wieder im Uebemah für Agitationsstoff zur Maifeier gefordert. Der Streikgesetz-Erwerb, die Hegezeien bürgerlicher Blätter gegen die Arbeiterschaft, der neue Wahlvorschlag zur Wahlrechtsfrage und schließlich die Zustimmung der Unionsstreikleiter durch die herausfordernde Haltung der Regierung, alles mußte dazu beitragen, der Maifeier eine außergewöhnlich hohe Bedeutung und starke Beteiligung zu sichern.

Es wurden zwei Resolutionen angenommen. Die eine für den gesetzlichen Achtstundentag, für wirksame Arbeiterschutz-Gesetzgebung, für das allgemeine Wahlrecht und gegen den Streikverbot.

In Dänemark ist die politische Lage gegenwärtig mehr als je zuvor angeht, das Interesse und die Begeisterung der Arbeiterschaft für die großen Ziele ihres Kampfes anzunehmen. Der reaktionäre Ministerwechsel zu Anfang des Jahres, die Kopenhagener Gemeindevahlen im März, die zu einer Niederlage der hauptsächlichsten Antisozialisten führten und denen ein Wahlkampf voraus ging, ernster und aufregender als je zuvor, trugen dazu bei, die Begeisterung für die

Maifeier außerordentlich zu fördern. Der Demonstrationzug der Kopenhagener Arbeiterschaft war denn auch, obgleich Donnerwetter und Regenschauer ihn zu beeinträchtigen suchten, noch imposanter als in früheren Jahren. Der Zug, der circa 30 000 Teilnehmer zählte, bewegte sich diesmal über das herrschaftliche Bestre Boulevard durch das konservative Zentrum der Altstadt unter den Klängen des Sozialistenmarsches nach „Kongens Gade“, dem „Königs-Garten“ am Rosenborg-Schloß.

Ein Schillerbuch für Arbeiter.

Das schönste, was wir tun können, um einen unserer Geisteshelden wahrhaft zu ehren, ist nicht der Prunk bloß feiernder Reden oder an Verherrlichung sich überbietender Feste, sondern die Arbeit an der Verbreitung des Verständnisses der Person und der Werke dessen, den ein sonst nur allzu leeres Lob mehr umnebelt als verklärt.

Das Proletariat teilt nicht die müßige Felerlust der Bourgeoisie, die freilich große Erinnerungen braucht, ohne doch von ihnen aus anders als nur in die Vergangenheit blicken zu können.

Die Maifeier hat Franz Mehring einen schönen Beitrag geliefert in seinem kürzlich erschienenen Schillerbuche, da er es ausgehen läßt von dem Zeitgedanken, daß die erste Bedingung für ein geschichtliches Verständnis Schillers sei: „Freiheit von allen bürgerlichen Vorurteilen.“

Das Proletariat teilt nicht die müßige Felerlust der Bourgeoisie, die freilich große Erinnerungen braucht, ohne doch von ihnen aus anders als nur in die Vergangenheit blicken zu können. Denn die Wege, die diese mit der Zukunft verbindet, kann die Bourgeoisie selbst nicht mehr gehen; sie führen in ein Reich, das nicht mehr das ihrige sein kann.

Das Mehring'sche Buch ist, trägt daselbst mit vollem Rechte den Untertitel: „Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.“ Denn es entwickelt in knappen Zügen, in denen sich die meisterhafte Art Mehring'scher Darstellungskraft neuerdings betätigt, auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitverhältnisse die ganze, nur zu rasch sich zum Abschluß drängende Mannigfaltigkeit der Schicksale dieses Dichters; und es bringt den Volksdichter mit seinem Volke in engsten Zusammenhang, indem es die Fülle von innermühsamer Arbeit, von Kampf und Leiden dieses Lebens in bereitem Ausdrucke sprechen läßt zu der unermüdsamen Arbeit, zum Kampf und Leiden des lebendigsten Teiles dieses Volkes, der Arbeiter.

Das Mehring'sche Buch ist, trägt daselbst mit vollem Rechte den Untertitel: „Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.“ Denn es entwickelt in knappen Zügen, in denen sich die meisterhafte Art Mehring'scher Darstellungskraft neuerdings betätigt, auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitverhältnisse die ganze, nur zu rasch sich zum Abschluß drängende Mannigfaltigkeit der Schicksale dieses Dichters; und es bringt den Volksdichter mit seinem Volke in engsten Zusammenhang, indem es die Fülle von innermühsamer Arbeit, von Kampf und Leiden dieses Lebens in bereitem Ausdrucke sprechen läßt zu der unermüdsamen Arbeit, zum Kampf und Leiden des lebendigsten Teiles dieses Volkes, der Arbeiter.

Diese Erinnerungen gegen einzelne Stellen treffen, wie man sieht, zum Teil subjektive Ansichten; sehr erfreut und einverstanden wird man gewiß mit dem, was Mehring mehrfach von dem historischen Sinn des Dramatikers Schiller sagt.

In einem Schlußsatze, mit dem auch diese Besprechung schließen möge, charakterisiert Mehring in der Stellung der Arbeiterschaft zu Schiller selbst sein Buch am besten, wenn er sagt: „Die Arbeiterschaft macht aus Schiller kein Götzenbild, um eigenartigen Interessen zu fördern; sie kann ihn nicht mehr als einen unfehlbaren Lehrer und Wegweiser betrachten; sie wandelt andere Wege, als er gewandelt ist.“

Aus der Partei.

Der Kommunalwahlsieg der Karlsruher Parteigenossen, den wir schon telegraphisch meldeten, ist um so höher anzuschlagen, als gegen unsere Partei das ganze Vürgerturn vereint war.

Städtische Parteiorganisation.

Auf Veranlassung der Straßburger Parteigenossen wird in nächster Zeit eine Landeskonferenz der Parteigenossen des Elsaß abgehalten werden zur Reorganisation der elsässischen Partei auf Grund des neuen Vereinsgesetzes.

Die Versammlung erklärt sich zugleich im Prinzip einverstanden mit der Wiedererrichtung der Landesorganisation. Jedoch macht die Versammlung darauf aufmerksam, daß die bisherige Parteigeschichte in Elsaß-Lothringen die Notwendigkeit einer gewissen Unabhängigkeit der drei geographischen Bezirke Ober-Elsaß, Unter-Elsaß und Lothringen, die auch wirtschaftlich wesentlich verschieden sind, von einander erweisen hat.

Pollzisches, Gerichtliches usw.

Am 1. Mai vor Gericht. Am 1. Mai fand vor dem Schöffengericht Göblig eine dreistündige Verhandlung wegen Verleumdung eines freisinnigen Fabrikanten statt.

Vom Einfordern eines neuen vollständigen Mitglieder-Verzeichnisses als Auskunft gemäß § 2 des Vereinsgesetzes. Nach einer früheren, auch von uns berichteten Entscheidung des Kammergerichts darf die Polizei „Auskunft“ durch Einreichung eines neuen vollständigen Mitgliederverzeichnis nur ganz ausnahmsweise erfordern.

Aus Industrie und Handel.

Bergwerk-Verkaufsgesellschaft. In den letzten beiden Wochen tauchten mehrfach an der hiesigen Börse, erst schüchtern, dann mit Bestimmtheit, allerlei Gerüchte über den Anlauf rheinisch-westfälischer Kohlenzweigen durch die bayrische Regierung auf.

Männliches Geschäft, das in erster Linie einer Herabminderung der Betriebsausgaben der bayerischen Staatsbahnen zu gute kommen würde. Die neuerlichen Gerichte sind nun darauf zurückzuführen, daß die bayerische Regierung auf Grund zahlreicher eingegangener Angebote einen Sachverständigen zur Prüfung und Befestigung abordnete. Die Regierung glaubte bei der Wichtigkeit der Sache zu einer solchen Prüfung verpflichtet zu sein, wiewohl sie sich sagt, daß die Aussicht, durch Erwerbung eines Bergwerkes billigere Kohle zu erhalten, eine sehr geringe ist, da unter dem Einfluß des Kohlenhandels der von der Regierung anzulegende Preis leicht so hoch sein dürfte, daß der Unterschied nicht sehr groß wäre. Daß die bayerische Regierung ein Bergwerk kaufen werde, nur um eines zu besitzen, ist bei der nächsten Erwägung, von der sich der Verkehrs- wie der Finanzminister leiten lassen, vollständig ausgeschlossen. Auch einen Betrieb erst einrichten will die Regierung nicht, sondern einen eingerichteten übernehmen, vorausgesetzt den nicht sehr wahrscheinlichen Fall, daß dabei ein Geschäft zu machen ist. Da der Regierung der Bericht über die Bistationsreise des Sachverständigen noch nicht vorliegt, kann von einer Entscheidung natürlich noch keine Rede sein. Es ist daher verfrüht, bestimmte Forderungen mit den Erwerbsabsichten der Regierung in Verbindung zu bringen.

Sehr verständlich, daß die bayerische Regierung den Ankauf lediglich als ein kaufmännisches Geschäft betrachtet. Die Verstaatlichung hat nicht nur vom fiskalischen, sondern auch vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nur dann einen Zweck, wenn sich der Regierung die Aussicht bietet, durch die Erwerbung eines oder mehrerer Bergwerke die Kohlen beträchtlich billiger zu erhalten, als dies auf dem Handelswege in den nächsten Jahren der Fall sein dürfte. Zu einem solchen Ankaufsgeschäft bietet sich aber

heute, wo die Preispolitik des Kohlenhandels den Kursstand der Kohlenaktien auf einem anormal hohen Niveau hält, kaum Gelegenheit. Eine Verstaatlichung, wie sie Herr Röller sich bei der Siberia leisten wollte, das heißt eine Erwerbung, bei welcher die Aktionäre nicht nur den heutigen hohen Kurswert, sondern obendrein auch noch ein ansehnliches Aufgeld erhalten, ist zwecklos. Ein solcher Ankauf bietet dem Fiskus keinen Vorteil, zwingt ihn vielmehr, auf Jahre hinaus an der heute im Kohlenbergwerksbetrieb üblichen Ausbeutungspraxis festzuhalten, nur um die gewöhnliche Verzinsung herauszuwirtschaften.

Das Ende der Lahmeyer-Gesellschaft. Die gestern in Frankfurt a. M. abgehaltene Generalversammlung der Elektrizitäts-Gesellschaft Lahmeyer u. Co. genehmigte die Vereinigung mit der Firma Felten u. Guilleaume unter den jüngst veröffentlichten Bedingungen. Die Lahmeyer-Gesellschaft bringt ihr Fabrikationsgeschäft im nominellen Wert von 22,78 Millionen Mark ein und erhält dafür 15 Millionen neue Felten-Aktien zu 110 Proz. Ferner übernimmt die Firma Felten u. Guilleaume von Lahmeyer 300 000 Mark Hypotheken und 5,78 Millionen Mark Kreditoren, während Lahmeyer weitere 2 Millionen Mark neue Felten-Aktien gegen 25 Proz. Einzahlung abnimmt.

Eine Vereinigung der Gasrohrhändler Norddeutschlands ist gestern unter Mitwirkung des Deutschen Gas- und Siederohrhandels zustande gekommen, die den Zweck hat, den Verkauf von Gasrohren zu regeln. Die Dauer dieser Vereinigung ist bis Ende 1907 festgesetzt worden.

Die Krefelder Samt- und Seidenindustrie hat im Jahre 1904 eine nicht unbedeutliche Abnahme ihres Absatzes erlitten. Nach dem demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Jahresbericht der

Krefelder Handelskammer für das Jahr 1904, aus dem die „Mein.-Beit. Btg.“ einen kurzen Auszug mittelst, sind 1904 nur für 74 231 610 M. Fabrikate verkauft worden, während der Umschlag im Jahre vorher 79 972 785 M. betrug. Das bedeutet also für 1904 ein Weniger von 5 741 175 M. Davon kommen annähernd 4 Millionen Mark auf Stoff und über 1 1/2 Millionen Mark auf Samt. Ein Rückgang in der Quantität (Netozahl) der hergestellten und verkauften Ware dürfte jedoch nur für den Samt und hauptsächlich für Samtband anzunehmen sein, während der Grund für die herabgesetzte Ziffer des Stoffumschlages in den niedrigeren Preisen für Seide und Seidenwaren und in der Herstellung geringerer Qualitäten zu suchen ist. Mit Deutschland ist das Geschäft dem Umschlagwert nach um fast 2 Millionen (1 989 591) Mark zurückgegangen und zwar um 415 499 M. für Samt und 1 574 092 M. für Stoff.

Zugleich konstatiert der Handelskammerbericht eine weitere Abnahme der im Hausbetrieb beschäftigten Handstühle gegenüber den im Fabrikbetrieb benutzten mechanischen Stühlen. Die Zahl der beschäftigten Handstühle in Stoffen ist diesmal um 920 zurückgegangen. Mechanische Stoffstühle haben 132 mehr als im Jahre vorher gearbeitet. Die Ziffer der im Hausbetrieb beschäftigten Stühle für feinstes Stoffband ist um 150 gewachsen, dagegen waren an mechanischen Stühlen im Fabrikbetrieb 55 mehr als im Vorjahre tätig. Im ganzen waren am Schlusse des Jahres 1904 aufgestellt: mechanische Stühle in Stoffen 9539, davon durchschnittlich beschäftigt 8082, mechanische Stühle in feinstem Stoffband 301, davon durchschnittlich beschäftigt 265. Von den am Schlusse des Berichtsjahres vorhandenen mechanischen Stühlen sind demnach außer Betrieb gewesen 1457 Stoffstühle und 38 Stoffbandstühle (im Fabrikbetrieb).

Seefische Volksnahrung!
Riesenfänge
unserer Dampfer ermöglichen
billigste Preise!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8904.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schlesischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).
Während der Monate Mai bis August inkl., außer Sonnabends, um 8 Uhr abends geschlossen.

Großer Schellfisch
mit Kopf pro Pfd. 16 Pf.
im Anschnitt pro Pfd. 20 Pf.
Seekarpfen (Brassen)
(zum Kochen und Braten sehr empfehlenswert)
Pfund 15 Pf.
Adlerlachs
(sehr schmackhaft und zart)
im Anschnitt pro Pfd. 35 Pf.
Alle anderen Sorten Seefische zu
billigsten Tagespreisen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 5. Mai:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Romberg.
Renaissancetheater. Jung-Heidelberg.
Deutsches. Der Privatdozent.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Westen. L'enfant prodigue. — Souper d'Adieu.
National. Undine.
Renaiss. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Das Urteil des Ritas. — Die Bäder von Lucca.
Zentral. Undine.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Kallner-Theater.) Augen rechts. — Die sittliche Forderung.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Maria Stuart.
Kelling. Elga.
Kleines. Nachtschl.
Residenz. Herzogin Erbe.
Trianon. Ihr zweiter Mann.
Veste-Alliance. Liebesmörder.
Carl Weiß. Der Schmirer-Franz von Berchtesgaden.
Reichshausen. Stettiner Säger.
Kasino. Polos Vater.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Wintergarten. Cleo de Merode. Spezialitäten.
Deutsch-Amerikanisches. Ueberr großer Leid.
Herrnsfeld-Theater. Die Meyerhains.
Urania. Taudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater
Zum 500. Male:
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Rosmersholm. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Sonntag: Die Neuwermählten. Abschiedssouper. (Anf. 8 Uhr.)

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ihr zweiter Mann.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Abendlich: Der Familientag. Sommerpreise.

Urania, Taudenstr. 48/49
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidentheater, 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle
Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted,
2 Meter 20 cm hoch,
größte lebende Riesin der Welt.

National-Theater
Reinbergstr. 19.
Freitag, den 5. Mai 1905:
Undine.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend: Die Favorita. Gastspiel von Mrs. Wyns von der großen Oper in Paris und des königlichen Kammerängers Werner Alberti und Juan Luria.

Kasino-Theater
Lohringergasse 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Lolo's Vater.
Vollständ. in 4 Akten v. L'Arronge. Vorher das vollst. neue Mai-Programm. Sonntag nachm. 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Apollo-Theater.
218. Friedrichstraße 218.
Debit der erstklassigen Mai-Spezialitäten.
Wiederauftreten von Robert Steidl.
Zum 171. Male:
Berliner Luft.

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
DIE BÄDER VON LUCCA.
Bill.-Verk. Thalia-Theat. 10-1 1/2, Wertheim.
Invaliden- und Künstlerdank.
Anfang 8 Uhr.

Otto Pritzkow's
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Kurzes Guckspiel des berühmten taubstummen Bauernfänslers
Professor **Paulo.**
Lola, die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.
Ilona, Wiedendame, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Arabella, total kunstvoll tätowiert.
Entree 20 Pf.

Neue Königl. Oper (Kroll).
Heute und folgende Tage:
! Novität!
Jung-Heidelberg.
Operette von Millöcker.
Anf. 7 1/2 Uhr. Billetverkauf: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim, Invalidendank und Abendkasse.
Sonntag, 7. Mai, nachm. 3 Uhr:
Die Fledermaus.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 180. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den Autoren Anton u. Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Montag, den 15. Mai:
Lezte Vorstellung in dieser Saison.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182.
Gastspiel der Original-Regenier.
Der Schnitzer-Franz
von Berchtesgaden.
Eberhard'sches Volkstheater mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. Franz Seifert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.
Sonntag nachm. 3 Uhr Parkett 60 Pf.
Der Gamsköhler. Sonntag im Garden: Erste große Spezialitäten-Vorstellung.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen Schirme.
Gegr. 1875
Max Kaplan
1 Friedrichstraße 1.
Maß-Anfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.
Sommer-Paletots, neueste Muster M. 15, 16, 18, 20, 24 usw.
Sommer-Paletots, Seidenfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 42
Jackett-Anzüge in allen Farben, neueste Fassons M. 20, 21, 22, 50, 24, 25, 26 usw.
Entzückende Neuheiten
in **Knaben-Garderobe.**
Wäsche. 30212
Krawatten.

O. Memeler-Str. O.
Memeler Eisbahnpl.
Verbindung mit Hochbahn und Stadtbahn (Warschauerstr.), Straßenbahn (Frankfurter Allee u. Warschauerstr.) Droßchenhaltepl.
Zirkus Henry.
Heute Freitag, den 5. Mai, 8 Uhr abends:
Gr. humoristische Vorstellung.
Programm enthält u. a. 17 der besten Nummern des Zirkus-Repertoires. — Breite der Plätze: Loge M. 3, — Speerth M. 2, — 1. Platz 1,50, 2. Platz M. 1, —, Stehplatz 50 Pf.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute zum 25. Male u. folgende Tage:
Herzogin Crevette.
Schwan in 1 Vorpiel u. 3 Akten von Georges Feydeau.
Deutsch von Benno Jacobson.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182.
Gastspiel der Original-Regenier.
Der Schnitzer-Franz
von Berchtesgaden.
Eberhard'sches Volkstheater mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. Franz Seifert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.
Sonntag nachm. 3 Uhr Parkett 60 Pf.
Der Gamsköhler. Sonntag im Garden: Erste große Spezialitäten-Vorstellung.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute zum 25. Male u. folgende Tage:
Herzogin Crevette.
Schwan in 1 Vorpiel u. 3 Akten von Georges Feydeau.
Deutsch von Benno Jacobson.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182.
Gastspiel der Original-Regenier.
Der Schnitzer-Franz
von Berchtesgaden.
Eberhard'sches Volkstheater mit Gesang und Tanz in 4 Akten v. Franz Seifert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.
Sonntag nachm. 3 Uhr Parkett 60 Pf.
Der Gamsköhler. Sonntag im Garden: Erste große Spezialitäten-Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen Sonnabend, den 6. Mai:
Große Extra-Benefiz-Vorstellung für Ernst Franzen:
Der Trompeter v. Säckingen.
Romanisches Schauspiel mit Gesang in 5 Akten von Hildebrand u. Keller.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige neue
Mai-Programm.
20 erstklassige Nummern.
Abendlich:
Großer Ringkampf
Parodie.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen heute großes
Streich-Konzert.
Rigo, Lagos.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Keller: 20 Taus.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen heute großes
Streich-Konzert.
Rigo, Lagos.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Keller: 20 Taus.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 8. Sonntag 5 1/2 Uhr.

Oriona
akrobatische Tänzerin.
Hinode Truppe
japanische Gymnastiker.
Emmi Kröchert
mit neuem Repertoire und das glänzende Mai-Programm.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Neuen-Palast.
Gangang Wollgangstraße.
2 Min. v. Hof. Börse. 818-a bis d. Börse.
Sonnabend, den 6. Mai 1905
Sonntag, den 7. Mai 1905
Montag, den 8. Mai 1905
Schiller-Feier.
An allen drei Abenden werden aufgeführt:

Maria Stuart 3. u. 5. Akt.
Kabale und Liebe 3. u. 5. Akt.
Wilhelm Tell 3. und 4. Akt.
Gastspiel erster Bühnen-Künstler.
Anf. präzis 8 Uhr. Kleine Preise.
Scheine- und Vorzugskarten haben an allen drei Tagen Gültigkeit.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Das Liserl vom Schliersee.
The Eriks, Akrobaten.
La Wima, Sandmalerin.
Woodbee Wonders, komische Akrobaten.
O'Neill und Torp, amerikanische Excentrics.
Leslie Bros, musikalische Excentrics.
La belle Davies mit 2 Negerjungen.
The Hartleys, Springer.
The Meers, Drahtseilkünstler.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Romain Nolset, Kunstradfahrer.
Biograph, Serienbilder.

Greift zu!!! dem Besten
Monats-Anzüge u. Paletots v. 8,50 M. an
Kavaller-Anz. u. Paletots 10, —
Abonnements-Anz. u. Pal. 9,50
Pfadfinder-Anzüge u. Pal. 8,50
Partie-Anz. u. Paletots, teils mit unzerbrechlichen
Fehlern 10,50
Kammg.-Hos. u. Jacketts 3, —
Getragene Kleidungsstücke aus den
feinsten Werkstätten Berlins, teils von
Hollieseranten, Unglücksheber, Man-
heiter, Renteur- und sämtliche Ver-
breitungen wegen kolossalen Umsatzes
enorm billig.
Bitte **Zentral-Keller, Berlin,**
35 Neanderstr. 35, an der
3 Minuten v. Stadtbahn Hammel-
brücke, Straßenbahn-Verbindungen:
1, 2, 9, 11, 27, 28, 29, 35, 39,
37, 41, 49, 50, 83, 84, 87, 88.

Schiller-Theater Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: **Augen rechts.**
Komödie in 3 Akten v. Don Lehmann.
Hieraus: Die sittliche Forderung.
Wanderei von Otto Erich Hartleben.
Sonntag, abends 8 Uhr: **Maria Stuart.**

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Kabale und Liebe.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Maria Stuart.**
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Sonntag, abends 8 Uhr: **Wallensteins Lager.**
Die Piccolomini.

Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Wallensteins Tod.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Wallensteins Tod.**

Neues Konzerthaus

Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Moerner, Blumengarten.

Heute, sowie täglich:
Gastspiel des Wiener Konzert- und Variété-Ensembles
Direktion: H. Sander.
Anfang: 9 Uhr.

Krug zum grünen Kranze
am Alexanderplatz (im Keller).

Täglich: „Fidelitas!“
Carl Lüdeckes
humoristisches Ensemble.

Entree freil. 30052*

Achtung! Schäftebranche. Achtung!

Sonntag, 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pfeffer,
Rosenthaler-Strasse 57:

Öffentliche Versammlung
aller in der Schäfte-Industrie beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Verbände für die Hebung der Arbeiterklasse.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer. 169/12

Leihhaus

Berlin, Auftamerstr. 2. Charlottenburg, Friedrich Karpl. 12.
Bekleidung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche, Kleidungsstücke etc. 25202*

Prosit! Böhmisches Brauhaus.
BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles
Tafelbier:
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.
Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1679.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen
Kolonialwaren-Handlungen. 1732L*

Joseffi Cigaretten
Erstklassige deutsche Fabrikate.

Möbel-Fabrik - Niederlage
Otto Plettner,
Tischlermeister,
N., Dalldorfer-Strasse 19.

Komplette
Wohnungs-Einrichtungen
und einzelne Möbel 2633L*
in gediegener Ausführung zu soliden Preisen.

Reichshallen.
Stettiner Sängere.
Unsere süßen
Dienstmädel.
Beste von Meusel.

am Bodent.
um 8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

„Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“, Ortsverein
Berlin.
Freitag, den 5. Mai 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhause,
Kommandantenstr. 72:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 289/3
1. Beratung des Ortsstatuts event. Beschlußfassung über dasselbe.
2. Gewerkschaftliches.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.
Mitgliedsbuch legitimiert und wird der Besuch in demselben abgekompt.
Der Ortsvorstand. J. H.: Otto Giesche, Süsslenstr. 39.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Mitglied des Bundes „Solidarität“.

Sonntag, den 7. d. M., Vereinstour nach Werder. Start 6 1/2 Uhr an Wasserfall, Kreuzbergstraße. Von Werder nach Caputh zur öffentlichen Radfahrer-Versammlung. Beginn der Versammlung pünktlich 2 Uhr.

Nachmittags 2 Uhr nach Pichelswerder (Freund) und Karlsruh (Waldhufe). Start Andreasplatz.

Es wird gebeten, daß die Mitglieder sich an der Frähtour beteiligen. Nachmittags jeder nach Belieben Anschlag.

Donnerstag, den 11. d. M. General-Versammlung bei Wernau, Schwedterstraße 23-24, um 8 1/2 Uhr abends. Ueberall Gäste willkommen.

Pianino, 80 M., vorzüglich, bis 9. Sonntag 6. Gerichtstr. 32, Dittich.

Wir empfehlen:
„Die Nonne“
Roman von Denis Diderot.
Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der Leipziger Staatsanwaltschaft beschlagnahmt, jetzt aber wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Erlebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, das von seinen Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse. 234, 9 geb. 3,50

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Danksagung.
Allen Freunden, Verwandten und Bekannten, besonders den Kollegen und Personal der Firma Grebe spreche ich hiermit für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme wie für die reichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Steinbrücker **Emil Conrad** meinen herzlichsten Dank aus.
Ww. Anna Conrad nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und die reichlichen Krangspenden beim Begräbnis meines innigstgeliebten Mannes, unseres guten Vaters und Sohnes **Johannes Hempe** sagen wir allen Freunden und Bekannten, namentlich auch dem Gesangsverein „Nordwest“, unseren innigen Dank.
Frau Helene Hempe, W. Marten und Frau, Eltern.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Unser Mitglied, der Künstler **Gustav Anders** ist im 47. Lebensjahre verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Weihensee aus statt. 245/10
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 3. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Nordmacher **Friedrich Schmidt,** Brunnenstraße 147.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofs, Pappel-Allee, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erlaucht
Der Vorstand. 247/11

Nachruf.
Am 29. April verstarb unser Mitglied, der Steinbrücker **Emil Conrad,** Schlemmerstr. 11,
und wurde derselbe am 2. Mai auf dem Gethsemani-Kirchhof beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer **Karl Fülls** am 2. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/11 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Nach sehr schwerem Leiden verschied) am 3. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, mein innig geliebter Mann, der Restaurateur **Heinrich Lüneburg** im 50. Lebensjahre.
Dies zeigt betrübt an
Frau Witwe **Lüneburg** geb. Auer.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schönholz Nr. 3, aus statt.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin I.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Pader **Joseph Sedletzky** am 2. d. M. an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.
Recht rege Beteiligung erwartet
68/10 Die Ortsverwaltung I.

Verband der Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Galtwitz **Joseph Sedletzky,** Richtenberg, Margarethenstraße 11, am 2. Mai gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 5. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Halle des Friedhofs der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung erlaucht
69/8 Die Ortsverwaltung.

Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
98. Rottbuser Damm 98.
11. Pianino, abds., Geshp., Retteide...

Handlungsgehülfen!

Heute, Freitag, den 5. Mai, abends 9 Uhr:
Zwei öffentl. Versammlungen
im Feen-Palast, Burgstraße 22, und bei Buggenhagen, Moritzplatz.

Auf zur Wahl für Liste IV.
Referenten: Reichstags-Abgeordnete August Bebel und Ed. Bernstein.

Zahlreiches Besuch erwartet
Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands. Bezirk Berlin. 289/5

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 7. Mai 1905, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung
der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

im großen Saale des „Vereins Berliner Musiker“ (Karl Elsner), Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung:
1. Der Streik der Dreher im Kugellagerbau der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 7. Mai 1905, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung
der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umgegend

im großen Saale von Keller, Koppen-Strasse 29.

Tages-Ordnung:
1. Stellung der Ortsverwaltung zur Kündigung des Tarifs.
2. Diskussion.

In dieser Versammlung sind die ausgegebenen Fragekarten abzugeben. Der Rest der Kollegen, welche noch keine Fragekarten ausgestellt haben, hat in der Versammlung sich Fragekarten geben zu lassen, dieselben sofort auszufüllen und abzugeben. Da in dieser Versammlung allen Kollegen Gelegenheit gegeben wird, ihre Wünsche in bezug auf den neuen Tarif auszusprechen, so erwarten wir einen zahlreichen Besuch.

Sonntag, den 7. Mai, vorm. 10 Uhr, im Lokale von Gollmach, Wrangelstr. 136:
Morgensprache der Schraubendreher.
Die Ortsverwaltung. 116/10

Zentral-Verband deutscher Maurer
(Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.)

Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandanten-Strasse Nr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom ersten Quartal 1905. 2. Ist eine weitere Kontrolle auf den Bauten noch notwendig und wie gedenken wir dieselbe durchzuführen. 3. Bekanntgabe der auf dem letzten Verbandstage beschlossenen Statutenänderungen. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuche ich die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die örtliche Verwaltung. J. H.: H. Neumann. 183/15

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 7. Mai, vormittags 10 Uhr im „Gewerkschaftshause“ (Gr. Saal)

Mitglieder-Versammlung
der Zentral-Krankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einheit“.

Tagesordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht.
2. Beschlußfassung über die Anstellung eines ständigen Krankentrotzors und Erhebung eines Extra-Beitrages hierzu.
3. Erhöhung des Lohnes für alle im Bureau beschäftigten Kollegen von 70 auf 75 Pf. pro Stunde.
4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die örtliche Verwaltung.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“.
Gegründet 1892.

Heute abend 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Monats-Versammlung.

Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden, ist es unbedingt notwendig, daß jeder Kollege anwesend ist. 200/3
Der Vorstand. J. H.: Richard Heinrich.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Handlungsgehülfen! Wählt bei den Kaufmannsgerichts-Wahlen am Sonntag, den 7. Mai Liste IV, Liste des Zentral-Verbandes der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Biesdorf steht das Lokal Heines Gesellschaftshaus (Inhaber W. Feigler), Dorstr. 30/31, der Arbeiterschaft zur Verfügung.

Berliner Nachrichten.

Vom Kinderhilfsfest

erzählen die bürgerlichen Blätter ziemlich übereinstimmend, daß er als größtenteils oder vollständig mißlungen anzusehen sei. Nur vereinzelt wird der Versuch gemacht, das Fiasko zu bemänteln. Im „Lokal-Anzeiger“ liest man, das Bureau des Kinderhilfsfestes erkläre vorläufig, keinen Grund zur Unzufriedenheit zu haben. Trotz der vorhandenen starken Gegenströmung seien die 7848 Sammlerrinnen zumeist freundlich aufgenommen worden und die schwarzweihroten Sammelbüchsen hätten sich gefüllt. Ablehnend hätten sich die Arbeiter-vertreter verhalten; hier sei der liebe Müß umsonst gewesen. Für die öffentliche Abrechnung, die die Arrangeure des Kinderhilfsfestes schuldig sind, schlagen wir vor, auch diejenigen Unkosten anzugeben, die nicht aus dem Ertrag der Sammelbüchsen bestritten, sondern von privater Seite bezahlt worden sind.

Den halbwüchsigen Mädchen, die mit dem Sammelgeschäft bestraft worden waren, hatten hier und da ältere Damen die Arbeit abgenommen — wohl weil sich bald herausgestellt hatte, daß selbst das Unschuldsweiß eines Backfisches die Herzen nicht so zu rühren vermochte, wie man sich gedacht hatte. Die älteren Sammlerrinnen hatten den Vorzug, daß sie bereits in die Kniffe des Kollektierens eingeweiht waren, aber auch sie scheinen nicht allzu viel eingeheimst zu haben. Aus den Erfahrungen einer dieser Damen bringt derselbe „Lokal-Anzeiger“ Mitteilungen, die zu den oben erwähnten Versicherungen, daß die Aufnahme zumeist freundlich gewesen sei, schlecht stimmen wollen. Noch zu keiner Zeit, so berichtet die Sammlerin, habe sie so wenig Herrschaften in ihren Wohnungen und so wenig Geschäftsleute in ihren Läden angetroffen, wie gerade am 3. Mai. Alle Dienstmädchen, die ihr öffneten, erwiderten prompt: „Der Herr Doktor ist in der Praxis!“ Die Herrschaften sind verzeift! „Die gnädige Frau ist nicht zu Hause!“ Und in Geschäften hieß es: „Der Chef ist nicht hier!“ Wehrhaft wurde die Sammlerin durch die verschlossene Tür abgeferigt, oft klopfte sie die Tür vor der Nase zu.

Wir sind zufällig in der Lage, diese Angaben durch das zu ergänzen, was ein noch harmlos in die Welt blinder Backfisch, die Tochter eines reichen Hausbesizers, die in einem Arbeiter-vertreter zu sammeln hatte, am Kinderhilfsfest erlebt hat. Das Mädchen war völlig niedergeschmettert über die Aufnahme, die es gerade bei den wenigen Bessersituierten gefunden hat, die ja auch in manchen Häusern der Arbeiter-vertreter noch sitzen. Der Hauptgewinn der Sammelin dürfte die Erkenntnis sein, die die sammelnden Bourgeoisinder mit nach Hause genommen haben, sofern sie über ihre Erlebnisse ein klein wenig nachgedacht haben: die Erkenntnis, wie bitter doch Bittelbrot schmecken mag. Es ist hart, wenn man für andere Betteln geht und einem die Tür vor der Nase zugeschlagen wird. Da begreifen wir es, daß ein Kindergemüt, das die Dinge bisher nur auf dem Portemonnaie der lieben Eltern zu messen gewohnt war, die Sammelbüchse von sich wirft und entsezt nach Hause flieht. Aber härter noch, viel härter ist es, wenn dem, der für sich selber zu Betteln gezwungen ist, das gleiche widerfährt.

Die unglücklichen Backfische, die am Mittwoch für die Kinder der Armen Betteln gegangen sind, werden zu Damen heranzureifen. Sie werden es dann ganz in der Ordnung finden, daß es Reiche und Arme gibt. Sie werden ganz damit zufrieden sein, daß die durch ihren Besitz herrschende Klasse, zu der sie selber gehören, die Scheidung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose nicht aus der Welt schaffen lassen will. Und sie werden, wie einst ihre Mütter es getan, eintreten in die Wohltätigkeitsvereine, deren Hauptzweck der ist, der beschlossenen Klasse mit elischen Broden „den Mund zu stopfen“, damit sie schweigend weiter duldet.

Die Lieferung der Bücher für arme Schulkinder wird an den Berliner Gemeindeschulen nur spärlich gewährt, und wenn man sich schon mal dazu bequemt, dann geschieht das oft so spät, daß nach Beginn des neuen Schuljahres Wochen hindurch noch Kinder auf ihre Bücher warten müssen. Die Klagen über diesen Stand der Dinge gegen den man in der Tat fast die Schulaufsichtsbörde zum Einschreiten aufrufen möchte, kehren in jedem neuen Halbjahr wieder. Werden sie im Stadiparlament von den sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern vorgetragen, so wird auf freilich ungenügender Seite mit gewohnter Dreifigkeit alles abgekniffen. In Lehrkreisen weiß man, daß die Angaben der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder durchaus zutreffend sind. So bringt jetzt wieder die „Pädagogische Zeitung“ die Mitteilung, von verschiedenen Seiten werde geklagt, daß rechtzeitig vor den Osterferien gestellte Anträge auf unentgeltliche Lieferung von Lernmitteln noch nicht erledigt seien, während an anderen Stellen schon am 10., 11. und 12. April die Kinder ihre Bücher geholt hätten. Unsere Leser wissen, daß für die Gemeindeschulen das Sommerhalbjahr diesmal nicht nach den Osterferien, sondern schon am 3. April begonnen hat. Da haben die in Frage kommenden Kinder sich also recht lange ohne Bücher behelfen müssen. Das Lehrblatt sagt: „Die Klagen über diesen Stand der Dinge sind nicht nur in der Ansicht, daß die Schulaufsichtskommissionen nicht nur die überflüssigste Einrichtung sind, die es in Berlin gibt, sondern daß sie es hier und da sogar fertig bringen, statt fördernd hemmend auf den Schulbetrieb einzuwirken“. Die ganze Lernmittelmisere läßt sich mit einem Schlage beseitigen, wenn — wie die sozialdemokratische Fraktion der Stadtratsmitglieder-Versammlung es oft gefordert hat — die Lernmittel den Kindern ohne weiteres unentgeltlich geliefert werden. Dann bedarf es keines ängstlichen Recherchierens, dann gibt es kein Inanspruchnehmen, dann müssen die Lernmittel zu Beginn des neuen Halbjahres da sein.

Das künft. Material-Prüfungskamt, welches sich jetzt auf dem fiskalischen Terrain der Domäne Dahlem befindet und dort südlich der Potsdamer Chaussee ein Areal von über 80 000 Quadratmetern bedeckt, hat ein wechselvolles Schicksal durchgemacht. Vor 80 Jahren befand sich auf dem Hofe der alten Gewerbe-Akademie in der Klosterstraße eine Art von Schuppen, in dem der Vorsteher der Eisenbahn-Reparaturanstalt, Wähler, Donatversuche mit Schienen etc. anstellte, die Professor Spangenberg später fortsetzte; daneben in einem dunklen Zimmer des Hintergebäudes kaufte der Baumaterialien-Veiseur Dr. Wöhme, der ein Jahrzehnt später mit allen Apparaten nach der Technischen Hochschule übersiedelte. Als das Institut dann sein eigenes Heim bekam, verfügte es bereits über eine stattliche Sammlung von Instrumenten und Vorrichtungen aller Art. Heute gliedert sich das Prüfungskamt in sechs Abteilungen (für Metalle, Baumaterialien, Papier, Metallographie, Chemie und Detc.), deren jede einem Professor untersteht. Unter ihnen sind noch tätig: 13 ständige Mitarbeiter und 82 Assistenten, 81 Techniker und 50 Gehülfen und Arbeiter für die Maschinenanlagen etc., endlich ein Bureaupersonal von 26 Beamten! Die Aufgabe des dem

Kultusminister unterstehenden Amtes ist, der Technischen Hochschule und der gesamten Industrie der Monarchie beratend und prüfend an die Hand zu gehen, die Verfahren, Maschinen, Apparate etc. für das Prüfungswesen aller Materialien zu vervollkommen und die letzteren im öffentlichen und wissenschaftlichen Interesse prüfen und begutachten.

Religion und Schule. In der landeskirchlichen Versammlung, über die wir gestern eine kurze Mitteilung brachten, scheint es auch weiter munter hergegangen zu sein. Ein Schutrat Eckolt aus Grenzau mahnte nach einer Zeitungsmitteilung zum Dalten am Beschlusse der Väter auch in der Schule und er setzte sich besonders mit den drei Hauptfragen auseinander, die auf diesem Gebiete drohen: die Verstreungen zugunsten der Simultanschule, die Arbeit der ungläubigen Theologie und die Bemühungen, der Schule das Axiom des Katechismus zu rauben. Demgegenüber führte er aus, daß das Verbotnis das Zentrum auch des Unterrichts und der Erziehung sein soll.

Meinten wir Sozialdemokraten es nicht ernst mit unserer Forderung, daß die Religion zur Privatangelegenheit erklärt werden soll, wären wir, wie unsere Gegner uns tagtäglich vorwerfen, von Haß gegen die Religion erfüllt, so müßten wir all unser Streben daran setzen, daß die heute noch geübte Methode des Religionsunterrichtes in der Volksschule so lange als nur irgend anständig konservativ bleibe. Denn diese Methode erfüllt jedes gesunde Kind mit Widerwillen, und die wohl auch den Konservativen und Orthodoxen offensündliche Tatsache der Abweisung, ja des Hasses gegen die Religion und ihrer Stützen, die gerade in der schulenläufigen Jugend so oft hervortritt, ist fast ausschließlich dem Unsinne zuzuschreiben, daß der Religions-Unterricht dem Kinde und allerdings auch dem an die orthodoxen Regularien gebundenen Lehrer zur Last wird. Eine Tatsache, durch die die mit Blindheit geschlagenen Konservativen sich allerdings nicht beirren lassen.

In diesen Tagen der Schillerfeier wird die Bevölkerung Berlins hoffentlich die Ehreung des Dichters nicht damit betenden lassen, daß sie den „Mummel“ mitmacht. Man würdigt Schiller nicht so sehr durch Beteiligung an dem ihm zu Ehren auf dem Gendarmenmarkt veranstalteten Schaugepränge als dadurch, daß man sich in seine Werke versenkt, aus dem reichen Vorn seiner Dichtungen schöpft. Auch demjenigen, dem es an Mitteln gebricht, sich selbst seinen Schiller zu kaufen, ist durch Benutzung der Bibliotheken Gelegenheit genug gegeben, sich an den Werken des großen Toten zu erbauen. Eine besonders reiche Schillerliteratur weist die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in der Alexandrinenstr. 26 auf. Nicht allein, daß hier selbstverständlich die Werke des Dichters mehrschach vorhanden sind, enthält die Bibliothek auch über Schiller eine außerordentlich reiche Literatur. Wir erwähnen daraus zunächst den Briefwechsel des Dichters mit verschiedenen Zeitgenossen, so den mit Goethe, Wilhelm v. Humboldt und Körner. Erläuterungen zu Schillers Werken sind in der Bibliothek vorhanden von Biehoff, Dünker u. Zippert, Lebensbeschreibungen aus der Feder von Wellermann, Braum, Carlisle, W. Bielow, Gottschall, Brummer, Samann, O. Harnad, J. Minor, J. Scherr, F. Schmidt und S. Biehoff. Auch sonst sind in der Bibliothek zahlreiche Schriften, die uns in das Wesen des Dichters einführen, darunter manche, denen eine historische Bedeutung beizumessen ist. Wir nennen die 1868 erschienene Schrift von J. Bloemer: „Lessing, Schiller und Goethe“, das vierbändige Werk von J. W. Braun: „Schiller und Goethe im Urteile ihrer Zeitgenossen“, J. Grünns 1869 auf Schiller gehaltene Rede und weitere Werke von Gerwinus, Gottschall, Kurz, Julian Schmidt, K. Stahr und andere. Das auch auf die Anschaffung der neueren und neuesten Schiller-Literatur Bedacht genommen worden ist, versteht sich. Es heißt also in der Bibliothek in der Alexandrinenstraße nicht an unterrichtenden Schriften über Schiller; und wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaft Berlins gerade jetzt mit Eifer sich in die ihr hier gebotene Literatur versenken wird.

Der Inselfpeicher soll mit der Anlage einer rechten Spreuerstraße zwischen Waisenbrücke und Mühlendamm verschwinden. Angesichts der hohen Forderungen der Eigentümer des Inselfeichers für dies Grundstück und der Eigentümer der Grundstücke in der Straalenstraße für die zur Anlage der Straße notwendigen Flächen dürfte eine Einigung mit den Interessenten nicht sobald erzielt werden. Zum Glück der Stadt besitzt diese schon die wertvollsten Grundstücke am Mühlendamm und an der Waisenbrücke und sie hat sich die fiskalischen Flächen, die am notwendigsten gebraucht werden, durch Vertrag gesichert. Der Magistrat kann also unter Umständen mit der Anlage der Straße immerhin noch warten.

Die „lex Sachs“. Aus dem Rathhause wird geschrieben: Im Jahre 1903 wurde von den städtischen Behörden auf Grund des § 9 des R.-A.-G. auf Verreiben des verstorbenen Stadtverordneten Rechtsanwalt Hugo Sachs II ein Ortstatut erlassen, das allgemein als lex Sachs bezeichnet wird. Nach diesem Statut können zu den Kosten für die Herstellung von Straßenverbreiterungen, Anlage von Plätzen und, sofern dadurch ein neuer Verkehrsstrom geschaffen wird, für die Herstellung von Brücken, Straßenüber- und unterführungen einschließlich der hierzu erforderlichen Arrangements und Zugangswege diejenigen Grundbesitzer, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, zu Beiträgen herangezogen werden, die nach diesen Vorteilen zu bemessen sind. Diese Verpflichtung tritt nur ein, falls diese Veranstaltungen von der Stadtgemeinde im öffentlichen Interesse vorgenommen werden. Bis jetzt ist dieses Ortstatut noch in seinem einzigen Falle zur Anwendung gekommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es nun, besonders dann, wenn die Anlieger sich nicht entgegenkommend zeigen, bei der Anlage einer rechten Spreuerstraße zwischen Waisenbrücke und Mühlendamm, einer Lieblingsidee des Stadts. Sachs II zum erstenmal zur Anwendung kommt. Sachs hatte, als er seinen Antrag seinerzeit einbrachte, schon die Herstellung einer rechten Spreuerstraße angeregt. Damals waren die Anlieger bereit, das erforderliche Straßengrund entweder kostenlos oder doch zu einem sehr billigen Preise abzutreten. Heute fordern sie unerschwingliche und müssen nun gewärtig sein, daß die lex Sachs herangezogen wird.

Die Gemeindeschulen Berlins haben sich jetzt auf 277 vermehrt, das sind vier mehr als im letzten Winterhalbjahr. Von den vier Schulen, die für dieses Sommerhalbjahr neu eröffnet worden sind, liegt eine im nördlichen Teile des Stadtteils Wedding und die anderen drei im nördlichen Teile der Schönhauser Vorstadt, deren Bedeutung besonders in der nächsten Umgebung des Ringbahnhofes „Schönhauser Allee“ in den letzten Jahren sehr bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die vier neuen Schulen haben sämtlich zu nächst in gemieteten Wohnhäusern untergebracht werden müssen.

Einen „Halt-Platz“ soll Berlin nächstens bekommen. Eine Eingabe, die vom Berliner Lehrerverein kürzlich an den Magistrat gerichtet worden war, hatte vorgeschlagen, nach dem früheren Kultusminister Fall eine Straße oder einen Platz zu benennen. Jetzt ist hierauf die Antwort erfolgt, daß schon vorher und seit längerer Zeit die Mögklichkeit bestanden habe, einem der neuanzulegenden Plätze in Berlin den Namen „Halt-Platz“ zu geben. Vielleicht werde sich das noch in diesem Jahre verwirklichen lassen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Wir machen die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und der Vororte darauf aufmerksam, daß in den beiden Abteilungen Dresdenstr. 45 und Brunnenstr. 154 am 9.

resp. 15. Mai je ein neuer Kursus beginnt. Die Kolonie unterhält Lehrabende, in welchen unter Leitung bekannter praktischer Werkze die Teilnehmer durch theoretische und praktische Übungen ausgebildet werden. Außerdem steht zum häuslichen Studium eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Mitglied kann jeder werden, der das 18. Lebensjahr erreicht hat. Wer an dem Kursus teilzunehmen wünscht, kann sich Lehrpläne vom Vorsitzenden E. Stein-Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, senden lassen. Nach dem in der letzten Generalversammlung gegebenen Bericht zählt die Kolonie zurzeit 130 Mitglieder. Zum verfloffenen Winterkursus waren 72 Mitglieder neu eingetreten. Der Durchschnittsbesuch der Lehrstunden war in der ersten Abteilung 78, in der zweiten Abteilung 30. Aus der Bibliothek wurden entnommen in der ersten Abteilung von 85 Mitgliedern 280 Bücher, in der zweiten Abteilung von 29 Mitgliedern 90 Bücher. Auf Antrag des Arbeiterausschusses der Firma Ulstein wurde für das Personal derselben ein Sonderkursus eingerichtet, welcher ebenfalls recht zahlreich besucht war. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 488 M. und eine Ausgabe von 851 M. Die diensttunde Abteilung zählt 20 Mitglieder. Dienstaufträge waren 28 zu erledigen. Durch die Redeferte waren 28 Hülfeleistungen gemeldet worden. Die Statistik zählt jetzt 988 Hülfeleistungen auf. Das von der Statutenkommission vorgelegte Statut trat am 1. Mai in Kraft. In den Vorstand wurden gewählt: Stein, Eitel, Rhein, Gemmann, Vogt, Klages, als Revisoren Hellmuth und Dietrich.

Gemeinsam ins Wasser gegangen sind der noch nicht 18 Jahre alte Hausdiener und Kutcher Wilhelm Fieger, der Sohn einer Witwe aus Steglitz, und die 17jährige frühere Kellnerin Marie Penisch aus Lüttenow, die zuletzt bei dem Schlossermeister Widjisch in der Eberstr. 81 zu Schönberg diente. Fieger, der schon viele Jahre bei dem Mühlenbesitzer und Wäckermeister Schilling in Dahlem beschäftigt war, zuletzt als Hausdiener und Kutcher, lernte das Mädchen erst Mitte März d. J. auf dem Tanzboden kennen und glaubte bald ohne seine Geliebte nicht mehr leben zu können. Als sie nun wegen eines Vergehens eine Anzeige fürchtete, beschloßen sie, gemeinsam in den Tod zu gehen. Nachdem sie bis 1 1/2 Uhr nachts im „Wilhelminenhof“ zu Schönberg getanz hatten, gingen sie anscheinend ganz heiter weg und wurden nicht mehr gesehen. Vor 8 Tagen fand man das Mädchen am Hellenhof Ufer als Leiche im Landwehrkanal wieder, gestern den jungen Mann am Waterloo-Ufer.

Der verhaftete Räuber Paul Schulte aus Köpenick wurde gestern vormittag der überfallenen Fandierin Witwe Krause aus der Wilhelmstraße im Krankenhaus gegenübergestellt, weil man damit rechnete, daß er auch diesen Raubmordversuch begangen haben könnte. Der Verdacht bestätigte sich jedoch nicht. Frau Krause erklärte, daß Schulte nicht der Täter sei. Sie habe ihn in ihrem Leben noch nicht gesehen. Den Plan, die Witwe Krüger zu berauben, will der Verhaftete erst gehört haben, als er sah, daß der Kaffee, den er und Mannin vorher schon bestellt hatten, in der Küche erst aufgeböhlt werden mußte. Er bestellte nach dem Weggange Mannins noch eine Tasse. Sobald die alte Frau nach der Küche gegangen war, machte er sich an die Ladentasse. Da er sie verschlossen fand, so ging er sofort in die Küche nach, um Frau Krüger den Schlüssel abzunehmen. Er packte sie gleich und würgte sie, als sie um Hilfe rufen wollte. Dann gab er ihr einige Faustschläge ins Gesicht und trat sie mit dem Stiefelabfuß. Die Art der Raubmord aber läßt darauf schließen, daß er, entgegen seinen Behauptungen, auch ein scharfes Werkzeug gebraucht haben muß. Als sein Opfer bestunmungslos am Boden lag, dachte der Räuber nicht mehr an den Schlüssel, sondern erbrach die Ladentasse mit Gewalt. Nach dem durch das Eintreten der Nachbarn vereitelten Raubversuche lief Schulte nach dem Reptomter Park, wo er seine mit Blut besudelten Kleider so viel als möglich reinigte. Dann fuhr er mit einem ihm unbekanntem Manne auf dem Wagen mit nach Waidhof. Von dort ging er nach Erkner, wohin ihn der Unbekannte den Weg zeigte. Seiner Aufenthaltsort wechselte er jeden Tag, nach Berlin kehrte er nicht mehr zurück.

Was ist bei der Steuererschätzung in Abzug zu bringen? Mit Rücksicht auf wiederholte Fragen über das, was bei der Steuerveranlagung abzugsfähig sei, bringen wir nachstehend die gesetzlichen Vorschriften in Erinnerung. Als steuerpflichtiges Einkommen des einzelnen Steuerpflichtigen gelten dessen gesamte Jahreseinkünfte in Geld und Geldeswert einschließlich des Mietswerts der Wohnung im eigenen Hause oder der ihm zustehenden freien Wohnung sowie des Wertes der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbebetriebes. Abzugsfähig sind: 1. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Ausgaben; 2. solche indirekten Abgaben jeder Art, welche zu den Geschäftskosten zu rechnen sind; 3. die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgeräten usw.; 4. die vom Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen und Renten; 5. die auf besonderen Rechtstiteln (Vertrag, Vererbung, letztwilliger Verfügung) beruhenden dauernden Lasten, z. B. Miteigentum; 6. die von den Steuerpflichtigen für ihre Person gesetz- oder vertragmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen; 7. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit dieselben den Betrag von 600 M. jährlich nicht übersteigen. Ferner: von dem steuerpflichtigen Einkommen eines Haushaltungsvorstandes, dessen steuerpflichtiges Einkommen 3000 M. nicht übersteigt, ist für jedes Familienmitglied unter 14 Jahren der Betrag von 50 M. in Abzug zu bringen; für mindestens drei Familienmitglieder unter 14 Jahren vorhanden, so findet auf jeden Fall eine Ermäßigung um eine Stufe statt. Die Leistungsfähigkeit wesentlich bechränkende wirtschaftliche Verhältnisse (außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt, Erziehung, Erkrankung, besondere Unglücksfälle) können auf Antrag berücksichtigt werden. Es ist in solchen Fällen rathsam, einen besonderen Antrag zu stellen.

Ein Opfer der Schauerromane ist der Wäckerlehrling Friedrich Köhn geworden, der bei dem Meister Paul Weich in der Velfortstraße 22 lernte und in acht Wochen Gefelle werden sollte. Köhn hatte einen ganzen Koffer voll Schundeliktüre. Der Schauerroman über die Ermordung des serbischen Königspaares verdröhte ihm zuletzt ganz und gar den Kopf. Oft schwärmte er vor den Gefellen, wie schön es sein müsse, ermordet zu werden oder sich selbst zu erschlagen. Am Mittwochabend sollte er die Fach- und Fortbildungsschule der Wäckerinnung Konfordia besuchen, ging aber nicht hin und kam auch nicht wieder nach Hause. Gestern morgen fand man ihn mit einer Schußwunde in der Herzgegend im Kölnischen Park bestunmungslos in einer Dedärnisanstalt liegen. Schmerzerlegt wurde er nach der Charité gebracht. Die Waffe war verschwunden. Wahrscheinlich hat sie jemand mitgenommen, ohne sich um den Verwundeten zu kümmern. Daß ein anderer Köhn auf dessen Wunsch geschossen hätte, ist zwar nicht unmöglich, aber doch kaum anzunehmen.

Beim Spielen am Kronprinzinnen-Ufer ist Donnerstag nachmittag um 5 Uhr der vierjährige Sohn des Blätterer-Inhabers Herderberg aus den Zellen Nr. 8 ins Wasser gefallen. Velder kam die Hüfte zu spät, so daß das Kind bereits tot war, als es von Schiffern ans Land gebracht wurde.

Flüchtig geworden ist der 38 Jahre alte frühere Handlungsgehilfe **Willy Freudenberg** aus der Liebigstr. 26. Der Mann kam vor einiger Zeit zum Stadtschulhaus für innere Mission in Alt-Moabit 133, klagte seine Not, weil er schon lange keine Stellung habe, und wurde als Kollektant angenommen. Bald unterließ er 163 M., die er gesammelt hatte. Hierfür am Montag vor acht Tagen zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt, ergriff er die Flucht und ließ seine Frau, mit der er erst ein Vierteljahr verheiratet ist, mittellos zurück.

Von einem **Automobil überfahren** wurde gestern nacht in der Nähe des Bahnhofes Groß-Görschenstraße der Mechaniker **C. Hill** aus der Gartenstr. 10. Der junge Mann wollte auf seinem Rade in eine Seitenstraße einbiegen, als ein Automobil in scharfem Tempo seinen Weg kreuzte. Der Radfahrer, der nicht mehr ausweichen konnte, kam mit seiner Maschine unter den Motor zu liegen. Der Automobilist nahm sich des Verunglückten an und brachte ihn in seinem Wagen nach der Unfallstation in der Bahnhofstraße, wo ein Bruch beider Oberarmen und zweier Rippen festgestellt wurde.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden konnte sich die Feuerwehr einer seltenen Ruhe erfreuen. Nur zwei Alarmierungen liefen ein, und zwar nach der Elisabethstr. 19 und nach der Münchenerstraße 25. In beiden Fällen handelte es sich um unbedeutende Wohnungsbrände, die in kurzer Zeit gelöscht werden konnten.

Wenzelausstellung in der Nationalgalerie. Die Direktion der Königl. Nationalgalerie teilt uns mit: Die Wenzelausstellung in der Nationalgalerie ist wiederum und zwar um drei Räume erweitert worden, die die neuesten Einwendungen enthalten. Unter diesen erweist die Guasche mit den hängenden Jungen bei Rosen durch die lebendige Darstellung und die sonnige Wirkung besonderes Interesse. Vielfach geäußerten Wünschen entsprechend ist für den Monat Mai der Eintrittspreis an drei Tagen in der Woche — Sonntag, Mittwoch und Freitag — auf 50 Pf. ermäßigt worden. Schluß der Ausstellung am 31. Mai.

Der **Wintergarten** bringt in seinem Maiprogramm eine ganze Reihe beachtenswerter Nummern. Fast jede einzelne Piece ist originell und erstklassig. Nur etwas zu viel Akrobatentum und häufig allzu stark ausgelegene Excentric. So bieten die **Leslie Bros.** in ihren aufschreienden Kunststücken Leistungen, die man lieber auf einer Kunstbühne als im Variété haben möchte; auch ohne Akrobatenunterstützung würden diese Künstler schon durch ihr eminentes Können allein wirken. Auch die **Sandmalereien** der **Mrs. Wilma** zeugen von einer Kunstfertigkeit, die berechtigten Beifall herausfordert. Auf dunklem oder mattiertem Untergrunde entstehen da durch aufstrebende farbigen Sandes vor dem Zuschauer Bilder: Blumen, Landschaften etc. Als **Springkünstler** stellen sich die **Cartleys** vor; eine erstaunliche Lebendigkeit und Grazie ist besonders dem männlichen Teile dieses Paares eigen. Er kennt keine Hindernisse. Wie ein Ball fliegt er empor. Im Sprunge löst er mit den Füßspitzen die Flamme zweier brennender Kerzen, berührt den Rand eines Glases, streift die Oberfläche einer mit Wasser gefüllten Schale, die seine Partnerin auf dem Kopfe balanciert. Drei Regierungen führt **W. E. Davis** vor. Sie produzieren sich in charakteristischen Niggerlängen, die überreich an Beinverrenkungen und grotesken Körperwindungen sind. Schon im Programmbüchlein ist der Name des Komikers **Otto Reutter** durch besonders große Schrift hervorgehoben. Sein Auftreten bildet gewissermaßen den Mittelpunkt des neuen Spielplans. Seine Vorträge halten sich an die Tagesereignisse: an Othosen und die Revolution in Rußland, an Berliner Skandalgeschichten, an die letzten Reichstagsitzungen und an den Krieg in Südwestafrika; die **Isadora Duncan** hat er besonders in sein Komikerherz geschlossen. Den meisten Beifall aber fand entschieden das Couplet, in dem er die Berliner Theaterereignisse der letzten Saison in seiner hinreichenden humoristischen Art einanderreichte. Zum Schluß sei noch die **Koifse-Truppe** erwähnt: Kunststraffahrer, die auf einer rotierenden Riesenscheibe Proben einer erstaunlichen Geschicklichkeit im Radfahren geben.

Theater. Am Freitag gelangt am **National-Theater** Vorhings Oper „**Undine**“ mit Fräulein **Alma Saccur** zur Aufführung. Sonnabend, den 6. Mai, tritt die **Primadonna** der Pariser Großen Oper, **Madame Wyns**, zum erstenmal in Donizettis „**Rabotini**“ auf, in welcher Vorstellung Kammeränger **Werner Alberti** zugleich als **Fernando** sein zweites Gastspiel absolviert. — **Wolffgen-Oper.** Da es sich der schwierigen Umbauten und Umzüge wegen als unmöglich herausgestellt hat, die beiden Repertoirestücke in der üblichen Zeitdauer eines Theaterabends unterzubringen, so wird fortan die **Peperische Oper** „**Die Wälder von Lucca**“ allein gegeben werden. Das Festspiel „**Das Urteil des Midas**“ wird gelegentlich in Zusammenstellung mit kürzeren Werken wieder auf dem Spielplan erscheinen.

Für die **Charlottenburger Schillerfeier** am 7. Mai im Kaiser Friedrich-Gymnasium am Savignyplatz, welche der Verein zur Förderung der Kunst veranstaltet, haben ihre Mitwirkung angefragt: für den Vortrag **Dr. Georg Kallowsky**, Regitation Oberregisseur **Johann Tietz** vom Kleinen und Neuen Theater, **Fräulein Carla Ernst** vom Schiller-Theater, für Gesang **Eugen Brieger** und **Annie Bremer**. Karten zu den üblichen Preisen von 0,50 M. bzw. auf nummerierten Plätzen a 1 M. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstraße 11, zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Weißensee.

Die **Kaufmannsgerichte** - Wahlen fanden am Sonntag, den 30. April, nachmittags von 2 bis 3 Uhr statt. Es wurden 30 Stimmen abgegeben, und zwar 32 für Liste I (Deutschnationale und Leipziger Verband) und 7 für Liste II (Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen). Wähler der Liste I 5 Weisiger und Liste II 1 Weisiger zu stellen. Von der Liste der **Kassenbewachten** Handlungsgehilfen war nach amtlicher Veröffentlichung am letzten Tage vor der Wahl noch 1 Kandidat gestrichen worden, ohne daß die zu Verhandlungen ermächtigten Kandidaten der Liste II benachrichtigt wurden. Da nun auf den Stimmgeldern der Liste II auch der Name des nachträglich gestrichenen Kandidaten stand, erklärte der Wahlleiter diese Stimmgelder für ungültig. Gegen die Wahl ist selbstverständlich Protest erhoben, da auch verschiedene andere Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Spandau.

Geht kapitalistische Unternehmerpraktiken scheint sich die Direktion der hiesigen Artillerie-Werkstatt zu eigen machen zu wollen. Es wird uns hierüber berichtet: Obwohl in einzelnen Betrieben der Artillerie-Werkstatt infolge Arbeitsaufhebung jetzt von Arbeitern Überstunden gemacht werden mußten, wurden doch am 15. April die Arbeiter von einem Schreiben der Direktion überrascht, in welchem mitgeteilt wurde, daß wegen Mangel an Arbeit Entlassungen von Arbeitern bevorständen, daß aber die Arbeiter **Platow**, **Panten** und **Thiele**, mit Rücksicht auf ihre große Familie, in einem anderen Betriebe weiter beschäftigt werden sollten. Hieran war nun das bekannte „**Aber**“ geknüpft: aber die drei Arbeiter sollten sich fürsichlich damit einverstanden erklären, daß ihnen in diesem anderen Betriebe ein niedrigerer Lohn gezahlt werden solle, andernfalls müßten sie entlassen werden. Auf Jureken ihres Obermeisters, der ein halbes Gulasch neuer Bestellungen vertrieb, ließen sich die drei Genannten auch zu der von ihnen verlangten Unterwerfung herbei. Die Folge davon war, daß dieselben vom 1. Mai ab nach dem **Arbeitsplan** versetzt wurden, was zum Beispiel für **Platow**, der bereits sieben Jahre in der Artillerie-Werkstatt beschäftigt war, mit einer **Lohnreduktion** von 1,60 Mark pro Tag verknüpft gewesen wäre, da er bis dahin 5,10 M. verdiente und nunmehr nur 3,50 M. Tageslohn erhalten sollte.

Der Mann hatte aber für diese Art Sparmaßnahme, wobei die Arbeiterlöhne herhalten müssen, kein Verständnis, sondern nahm seine Entlassung.

Bereits früher sind von uns ganz dieselben Gepflogenheiten der Direktion der Pulverfabrik, die darauf hinauslaufen, billigeren Arbeitskräfte zu beschaffen, scharf gekennzeichnet worden. Es scheint also Systeme hierin zu liegen. Aber trotzdem: „**Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe werden!**“

Rummelsburg.

Der tollkühne Sprung zweier **Rummelsburger Waisenhauszöglinge** aus einem in voller Fahrt befindlichen Eisenbahnzuge veranlaßte am Dienstagabend große Aufregung auf der **Berlin-Potsdamer-Magdeburger Eisenbahn**. Die beiden Knaben waren aus dem Waisenhaus entwichen und hatten es verstanden, sich in den abends 11 Uhr 45 Min. vom Potsdamer Bahnhof in Berlin abgehenden Personenzug einzuschmuggeln. Bis Brandenburg a. S. blieben sie unbeschädigt, dann aber entdeckte sie während der Fahrt ein die Fahrarten kontrollierender Schaffner, der ihnen nun erklärte, sie würden in Groß-Bustertwig dem Stationsvorsteher übergeben werden. Als der Zug auf dieser Station hielt, war von den Flüchtlingen nichts zu entdecken und einige Mitreisende erklärten, daß die beiden Jungen, nachdem sich der Schaffner entfernt hatte, die Plattform des Wagens aufgesucht hätten. Von hier sind sie während der Fahrt abgesprungen, wobei der eine Zögling glücklich entkam, während der andere, der 14jährige **Otto Ling** am Mittwoch früh bestimmungslos an der Böschung des Bahnkörpers aufgefunden wurde. Der Bahnmeister **Röhre** rief ihn wieder ins Leben zurück und ließ ihn nach Brandenburg a. S. bringen, wo er der Polizei übergeben wurde, welche das Rummelsburger Waisenhaus von dem Vorfalle benachrichtigte. Da der entkommene Zögling die Kleidung der Anstalt trägt, dürfte auch er nicht weit kommen, zumal er ohne jede Mittel ist. Die beiden Flüchtlinge hatten die Absicht, nach Amerika zu reisen.

Gerichts-Zeitung.

Ein **Musterwirt vor milden Richtern.** Eine skandalöse Handlung führte gestern den Hauseigentümer **Reinhard Wendt** vor den Strafrichter. Unter der Anklage der Nötigung und des Hausfriedensbruchs stand W. vor der vierten Hilfsstrassammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist Besitzer eines Grundstücks in der Vorbagenerstraße. Im Oktober v. J. mietete der Omnibusfahrer **Schidde** bei ihm eine Wohnung. Der neue Mieter mußte jedoch bald die unangenehme Entdeckung machen, daß die Wohnung durch und durch von **Fäulnis**spitzen, sogenanntem „**Schwamm**“ durchsetzt war. Da seine Ehefrau erst vor kurzer Zeit erkrankt war und an einem rheumatischen Leiden laborierte, fürchtete **Schidde** für deren Gesundheit und erklärte dem Wirt, die Wohnung ohne Einhaltung des Mietvertrages verlassen zu wollen. Der Angeklagte weigerte sich erst, darauf einzugehen. Dann aber, als ihm von anderer Seite mitgeteilt wurde, daß er sich selbst schwer schädige, wenn er der Fäulnis nicht beizeiten entgegenetrete, erklärte er dem **Schidde**, dieser müßte die Wohnung binnen drei Tagen verlassen. Der Mieter war darauf nicht mehr eingerichtet und weigerte sich nun seinerseits, die Wohnung zu verlassen. Der Angeklagte griff nunmehr zu einem eigenartigen Mittel. Er ließ, obwohl sich **Schidde** in der Wohnung befand, den Fußboden aufreißen und die Zwischenschüttung mit dem penetrant riechenden **Karbolium** bestreichen. Als sich S. hierüber beschwerte, ließ der Angeklagte trotz der Dezerberfälle eine Tür und die Fenster ausheben, um, wie er sagte, den Karboliumgeruch aus der Wohnung zu entfernen. Infolge dieser Gewaltmaßnahmen sah sich das **Schidde'sche** Ehepaar genötigt, die Wohnung am 16. Dezember zu verlassen. — In der gestrigen Verhandlung bestritt der Angeklagte, sich der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen zu sein. Er ließ durch Rechtsanwalt **Dr. Berthauer** den Nachweis führen, daß er schweren materiellen Schaden erlitten hätte, wenn er den Fußboden nicht hätte aufreißen lassen. Er habe den Grad der Fäulnis erst unterschätzt und erst später sich richtig davon überzeugen können, wie weit die sogenannte „**Trockenfäule**“ vorgeschritten sei. Der Gerichtshof nahm an, daß der Angeklagte zum mindesten nicht ganz einwandfrei gehandelt habe, er sich jedoch nicht der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen war. Das Urteil lautete deshalb auf kostenlose Freisprechung.

Der **Mord im Sendlinger Walde.** Der deutsche Klein-Prozess, wie der Prozeß gegen das Ehepaar **Huber** mit Recht genannt wird, erregt in der bayerischen Hauptstadt fortgesetzt das größte Interesse. Unter den zu der gestrigen Sitzung vorgeladenen Zeuginnen befindet sich eine Frau, die demnach ebenfalls unter der Anklage des Raubmordes vor den Münchener Geschworenen erscheinen wird. Es ist dies die Gattin des früheren bayerischen Staatsbahnchaffniers und jetzigen Willensbürgers **Schellhaas**, die beschuldigt wird, gemeinsam mit ihrem Manne den 69 Jahre alten **Hamburger Rentner Hermann Gramm**, der bei ihnen in Neu-Basing bei München wohnte, ermordet und der gesamten Parfümfabrik in Betrage von über 100 000 Mark beraubt zu haben. Von Interesse sind die Sachverständigenurteile, die einen Einblick vor allem in das Seelenleben der Frau **Huber** gestatten. Zunächst wurde der **Gefängnisarzt Dr. Becker** - München als Sachverständiger und Zeuge vernommen. Er befand: Die Schul- und sonstige Vorbildung der Frau **Huber** ist eine wenig bedeutende, so daß sie nur für Dienststellen geeignet war. Ihre Vorkenntnisse zeigen, daß sie auch moralisch wenig gefestigt war. Sie hat am 18. Juni 1903 eine Schädelverletzung erlitten, wobei ein Knochen getroffen wurde; doch hat ihre Geistestätigkeit dadurch nicht gelitten. In der Untersuchungshaft war sie, wie alle ihre Mitgefängenen befanden, stets guter Laune und niemals eine Spielverderberin. Er habe sie einmal überrascht, wie sie, nur mit dem Hemd bekleidet, in der gemeinsamen Zelle die Feuerlocke läuten und dann angeben wollte, sie leide an Verdauungsbeschwerden, die Feuerwehr solle ihr ein Kistchen geben. Große Sorgen machte ihr lange vor der Verhandlung die Toilettenfrage. Und in der vorigen Woche mußte ein für unsere Verhältnisse im Gefängnis großer Apparat aufgehoben werden, um ihre Toilette zusammenzustellen. Ich halte sie für geistig vollkommen gesund und bin so fest davon überzeugt, daß ich es nicht für notwendig gehalten habe, sie in einer Irrenanstalt auf ihren Gesundheitszustand untersuchen zu lassen. Was die freie Willensbestimmung anbelangt, so halte ich sie auch darin für geistig vollkommen gesund. — Der zweite Sachverständige, **Prof. Dr. Hans v. Gudden** - München, hat die Angeklagte am 4. und 5. April d. J. untersucht. Er hat den Eindruck gewonnen, daß sich keinerlei Momente ergeben haben, die darauf schließen ließen, daß die Angeklagte zur Zeit der ihr zur Last gelegten Tat im Zustande geistiger Störung gewesen sei, wodurch ihre freie Willensbestimmung ausgeschlossen worden wäre. — Eine erschütternde Szene spielte sich nun ab, als der Reihe nach die Schwester, zwei Schwägerinnen und zwei Schwäger an den Zeugenstand gerufen wurden und alle unter Tränen die Erklärung abgaben, gegen die Angeklagte nichts auszusagen zu wollen. Die Angeklagte **Frau Huber** schluchzte laut, als ihre Verwandten den Saal betraten und preßte das Taschentuch vor die Augen. Huber, der die unerschütterliche Ruhe beibehält, starrt, als er die Verwandten sieht, gleichgültig vor sich hin. Er hat bekanntlich auf seiner Flucht die Papiere seines Schwagers, des **Maurers Will**, als die feinguten abgegeben, während **Frau Huber** unter den Papieren ihrer Schwester **Marie Weigelsböcker** reiste.

Schwindelhaft und doch nicht strafbar. Ein **Röbelhändler** hatte Inzinate erlassen, deren Form das Publikum in den Glauben versetzen mußte, daß eine Privatperson die **Röbel** verkaufen wolle. Der **Röbelhändler** wurde daraufhin wegen unlauteren Wettbewerbes verurteilt, da nach Ansicht des Gerichts das Publikum sich ohne weiteres sage, daß eine Privatperson neue **Röbel** nur aus besonderem Anlasse verkaufe, auch in der Regel dabei nichts verdienen wolle, sondern zu billigem Verkaufe geneigt sei. Das Kammergericht hat jedoch das Urteil aufgehoben und auf Freisprechung erkannt, da dem Urteil eine Verkennung des Begriffs „**Angaben tatsächlich**“ über Anlaß und Zweck des Verkaufs zugrunde liege. Damit, so führt das Kammergericht nach der

„**D. Jur.-Ztg.**“ aus, meint das Gesetz die Bezeichnung eines **zweiten** Anlasses, eines bestimmten Zweckes, nicht aber eine **Neubezeichnung**, die in der Phantasie des Lesers oder Hörers dahin gedeutet werden kann, daß irgend ein „**besonderer**“ Anlaß wohl vorliegen werde. Die Angabe, daß das Inzinate nicht von einem **Röbelhändler**, sondern von einer Privatperson ausgehe, betrifft aber nicht den Anlaß oder den Zweck des beabsichtigten Verkaufs, sondern den Stand des Verkaufslustigen und den rechtlichen Charakter des Verkaufs, insofern die **Rechnung** erteilt werden kann, es handle sich um gelegentlichen Verkauf. Unwahre Angaben, welche sich auf diesem Gebiete bewegen, genügen zur Anwendung des § 4 Ges. v. 27. Mai 1896 nicht.

Königswinterhausen und Umgegend. Am Sonntag, 7. Mai, findet im „**Allen Schäferhause**“ eine von den **Freien Turnern** veranstaltete **Agitation** voranstellung statt. Genosse **Geis** Berlin spricht über das Thema: „**Die Bildung eines klaren, politischen Urteils ist Pflicht eines jeden Turners.**“ Alle Freunde und Gönner der Turnerei sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Vermischtes.

Sechzehn Mord- und Raubmordversuche, bei denen die Täter unbekannt geblieben sind, sind im ersten Vierteljahre 1905 in Deutschland verübt worden. Gestiftet werden außerdem 34 Diebe, Einbrecher, Betrüger, Schwindler und Zerschreier, welche Diebstähle und Schwindelacten in größerem Umfang verübt haben. In den ersten drei Monaten des Jahres wurden ferner von den verschiedenen Polizeibehörden Deutschlands Belohnungen in Höhe von 10 000 M. ausgeschrieben. Von außerdeutschen Behörden wurden noch durch Bekanntmachung in dem offiziellen Polizeiblatt 10 000 Kronen und 300 Franc als Belohnungen ausgesetzt. Nennlich umfangreich ist die Liste der in demselben Zeitraum erlassenen **Druckschreibverbote**. Dieselbe umfaßt nicht weniger als 139 Bücher, Anführerlisten und Zeitungnummern. Von den verbotenen Druckwerken sind 23 polnischen Inhalts, zwei Bücher in französischer und ein Buch in holländischer Sprache geschrieben.

Die Genidstarr. In **Barze** sind gestern und vorgestern 7 Fälle von **Genidstarr** festgestellt worden. Die Gesamtzahl der Erkrankungsfälle im Kreise **Barze** beträgt 170, wovon 88 tödlich verliefen. — Aus **Wilhelmsbade** wird gemeldet: Nach einer Mitteilung der **Marinestation** der **Korffsee** ist ein Mann der **Torpedobatterie** wegen **Genidstarr** dem **Lozaret** überwiesen worden.

Ein **Raubmord** ist, wie sich bei der Untersuchung ergeben hat, an der **Witwe Jsebrands** in **Esen** verübt worden, die am Montag früh mit durchschnittenem Halse auf der Diele ihres Hauses liegend gefunden wurde. Alles Bargeld war verschwunden, die Kommode war geöffnet, Fußspuren an derselben und an ihrem Inhalt zeigten, daß der Mörder sich daran zu schaffen gemacht hatte, auch die Hintertür, durch die der Verbrecher anscheinend das Haus verlassen hat, wies Fußspuren auf. Die **Witwe** war die einzige Bewohnerin ihres vor der Stadt gelegenen Häuschens.

Verhaftung eines Mädchenhändlers. Unter dem Verdachte, **Mädchenhandel** nach dem Auslande zu treiben, ist der Kaufmann **Jhig Notenburg** aus **Warschau** auf dem **Posener Hauptbahnhof** verhaftet worden.

Aus Liebe. Auf der **Hugololome** bei **Laurahütte** schoß der 26 jährige Kaufmann **Aramarczyk** auf seine Geliebte und verletzte sie schwer. **Aramarczyk** erschloß sich hierauf selbst. Beweggrund war die Verweigerung der Erlaubnis zur **Heirat** von Seiten der Eltern des Mädchens.

Eine Panik in der Hofoper zu Wien. In der Hofoper wurde Mittwochabend bei der Aufführung der „**Jauberslöte**“ die **Bühne** plötzlich verfinstert; es drang Rauch zwischen den Kulissen hervor. Es war dies eine Folge von Kurzschluß der elektrischen Bühnenbeleuchtung. Das Publikum geriet in Aufregung, erhob sich von den Sitzen und wollte das Haus verlassen. **Direktor Mahler** erschien auf der Bühne und hielt eine Ansprache; er erklärte den Grund der Störung und versicherte, daß keine Gefahr vorhanden sei. Gleich darauf wurde durch Umschaltung die Beleuchtung wieder hergestellt, worauf sich das Publikum beruhigte.

Briefkasten der Redaktion.

200. Wenden Sie sich an die Deputation für die städtischen Krankenanstalten, Berlin, Rathaus, Zimmer 111—115.

Juristischer Teil.

Die **juristische Sprechstunde** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9¼ Uhr abends statt. Geschäftszeit: 7 Uhr.

J. Dittmann. Sie können auf Einhaltung Ihres Vertrages klagen. — **J.** Der Vater haftet für solche Schulden nicht. — **G. P. 28.** Sie können mit Aussicht auf Erfolg klagen, wenn **Börsenlohn** vereinbart und nicht etwa ein nach **Zeitschnitt** berechneter Lohn nur allmählich zu zahlen war. — **G. P. 1867.** Ein Mädchen, das 21 Jahre alt ist, bedarf nicht mehr der Einwilligung des Vaters zur Heirat. — **G. P. 44.** Rein. — **P. 2. 100.** Wenn keine gegen den Täter gerichtete richterliche Handlung vorliegt, ja. — **S. II. 70.** Ein gültiges Testament kann nicht durch **Testablauf** ungültig werden. — **K. Bureau der Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15.** — **H. R. 1905.** Die Mutter ist für die Dauer des **Untersuchungsbedürfnisses** zu unterstützen. — **G. S.** Sie hätten sofort auf **Freizuge** a u b Einwilligung in die **Auszahlung** der hinterlegten Summe an Sie klagen sollen. Ist es geschehen, so müssen Sie das mit **Rechtskraft** versehenes Urteil mit dem **Antrage** auf **Auszahlung** der Summe an Sie der **Interlegungsstelle** einreichen. Ist es unterlassen, so müssen Sie den **Verklagten** zur **Einwilligung** in die **Auszahlung** in **notariell beglaubigter Form** anfordern, eventuell ihn verklagen. — **H. R.** Unter „**Rüfen**“ versteht man die **Entfernung** der **Witz** ohne **Zahlung** des **Witzgeldes**. — **H. R. 74.** Sie können auf **Beseitigung** der **Mißstände** klagen; eine **Anzeige** hätte **schwerlich** Erfolg. — **M. G. 432.** Wenn nichts anderes vereinbart ist, kann nicht am 1. zum 15., sondern nur bis am 15. zum ersten **Chambregarn** u. dgl. **gebührend** werden. Das was Sie als **Unterhaltung** vortragen, wird **schwerlich** als **Vereinbarung** erachtet werden. Es müßte also der volle **Monat** bezahlt werden. — **Nächter.** 1. In der Regel nein. 2. Die Frage ist S. 166, 167 des in den öffentlichen Verhältnissen ausliegenden „**Arbeitsrechts**“ erörtert. — **G. P. 5000.** 1. Der **Wermieter**, nicht Sie, können intervenieren. 2. Welche **Wödel** u. m. unentgeltlich und deshalb **unpfändbar** sind, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — **M. R. Nigdarf.** Wer ohne **Billet** in einem **Eisenbahn**coupee betroffen wird, hat zu gemäßigten, daß er erstens mit einer **Ordnungsstrafe** von sechs **Mark** belegt und ferner wegen **Verlust** oder **sofortigen** **Vertrages** angeklagt wird. Die insbesondere durch die **reichsgerichtliche** **Jurisdikatur** für den **Stütz** und gegen die **Wannigalligkeiten** des **wirtschaftlichen** **Lebens** erweiterte **Rechtsauffassung** des **Gerichts** nimmt **Vertrag** als **vollständig** an, wenn es für **unmöglich** festgestellt ist, daß der **Blinde** **Passagier** überhaupt kein oder nicht das **zuständige** **Billet** gehabt habe. Zahlen Sie also die sechs **Mark** und beantragen unter **Verlegung** (**Nachweis**), daß das **Billet** verloren sei, dann **Erlaß** **bestehender** **Rückzahlung** der sechs **Mark**. — **H. P. Nigdarf.** In der Regel darf nur von dazu **angestellten** **Personen** das **Unstehendbollen** der **Gräber** erfolgen. Die **Bestimmungen** trifft der **Begräbnis**eigentümer, also entweder der **Kirchenvorstand** oder die **politische** **Gemeinde**, je nach der **Art** des **Begräbnis**platzes. Wenden Sie sich an diesen.

Marktpreise von Berlin am 3. Mai. Nach **Ermittlungen** des **Ag. Polizei-Präsidenten**. Für 1 **Doppel-Zentner**: **Weizen****, gute Sorte 00,00—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. **Roggen****, gute Sorte 14,00—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. **Futtergerste****, gute Sorte 15,80—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,60 M. **Hafer****, gute Sorte 16,20—15,40 M., mittel 15,30—14,50 M., geringe 14,40—13,60 M. **Erbsen**, gelbe, zum **Roßen** 45,00—30,00 M. **Speiseerbsen**, weiße 50,00—30,00 M. **Bohnen** 60,00—30,00 M. **Kartoffeln** 10,00—7,00 M. **Weizen** 5,90 bis 5,00 M. **Hafer** 9,20—7,50 M. Für ein **Allogramm** **Butter** 2,80—2,20 M. **Eier** per **Schoß** 4,00—2,80 M. *) Drei Wagen und ab **Bahn**. **) Ab **Bahn**.

Wasserstand am 3. Mai. **Elbe** bei **Magdeburg** + 2,11 Meter. — **Meer**, bei **Dresden** — 0,30 Meter, bei **Magdeburg** + 2,11 Meter. — **Uffert** bei **Erfurt** + 2,00 Meter. — **Oder** bei **Hatibor** + 2,29 Meter. — **Weslau** **Ober** - **Begel** + 5,18 Meter, bei **Breslau** **Unter** - **Pegel** + 0,02 Meter, bei **Hannau** + 2,67 Meter. — **Weslau** bei **Bräunlande** + 4,16 Meter. **Varthe** bei **Posen** — Meter.

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Mai 1905.

Wolkenlos bei schwachen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; zeitweise etwas Regen.